

**„Eine Waffe gegen die Sowjetisierung wertvoller Menschen“ —
Analyse von Planung und Wirklichkeit einer politischen Nachbarschaftsmaßnahme des
West-Berliner Senats am Beispiel der Bertha-von-Suttner-Oberschule**

**Projektarbeit zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2012/2013
Vertraute Fremde: Nachbarn in der Geschichte**

vorgelegt von

JANNIK KREMER und MAXIMILIAN RÜFFER

Berlin, 28. Februar 2013

redaktionelle Überarbeitung zur Veröffentlichung: 1. Dezember 2013

Am Anfang jeder Forschung steht das Staunen.

Plötzlich fällt einem etwas auf.

Wolfgang Wickler, *1931

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| I. EINLEITUNG..... | 1 |
| II. EINORDNUNG DER OSTSCHÜLER-POLITIK IN DIE HISTORISCHE NACHBARSCHAFTSFORSCHUNG..... | 5 |
| III. ZUR VORGESCHICHTE / EINORDNUNG BERLINS IN DEN OST-WEST-KONFLIKT | 7 |
| IV. HISTORISCHE FALLANALYSE ZU DEN OSTKLASSEN IN WEST-BERLIN | 11 |
| A. Einführung / Begründung / Motive | 11 |
| B. Durchführung / Entwicklung..... | 13 |
| C. Probleme / Konflikte | 15 |
| D. Bertha von Suttner Oberschule / Eltern | 17 |
| V. FAZIT | 21 |
| VI. ARBEITSBERICHT (REFLEXION DER ERFAHRUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM FORSCHUNGSPROJEKT) | 23 |
| VII. ANHANG | I |
| A. Literaturverzeichnis | I |
| B. Quellenverzeichnis | I |
| C. Online-Portale / -Materialien | II |
| D. Material zur Wettbewerbsarbeit | III |

I. EINLEITUNG

Nachbarn kennt jeder. Im ersten Augenblick denkt man auch, dass Nachbarn ja eine Spezies sind, die man eindeutig zuordnen kann. Bei genauerem Nachdenken über das diesjährige Wettbewerbsthema „Vertraute Fremde – Nachbarn in der Geschichte“ ist uns jedoch deutlich vor Augen geführt worden, dass Nachbarn eine schwer bestimmbare Spezies sind.

Zunächst geht der Gedankengang hin zu den „persönlichen“ Nachbarn – sie wohnen nebenan, wir leben miteinander oder auch aneinander vorbei. Hilfeleistungen werden in nachbarschaftlichen Beziehungen vollbracht. Es können aber auch Konflikte zwischen zwei nachbarschaftlichen Parteien entstehen. Nachbarschaften können auch auf anderer Ebene entstehen, zum Beispiel zwischen Staaten, Städten oder auch benachbarten Einrichtungen. Schaut man auf unsere Stadt Berlin im 20. Jahrhundert, so stellt man schnell fest, dass Berlin das optimale Gebiet ist, um genau diese anderen Nachbarschaftsebenen zu beleuchten.

Nach der Teilung Deutschlands und Berlins im Potsdamer Abkommen in vier unterschiedliche Sektoren¹ mussten sich die Menschen, insbesondere in Berlin, den jeweiligen politischen Systemen in ihren Sektoren unterordnen. So lebten zum Beispiel die Menschen in unserem Wohnort Pankow unter sowjetischer, ihre direkten Nachbarn am Ort unserer Schule in Reinickendorf hingegen unter französischer Besatzung. Die Grenzen zwischen den Verwaltungsbezirken waren offen, dennoch entstanden mit den Staatsgründungen der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland zwei völlig unterschiedliche Staatssysteme, die sich in Berlin direkt gegenüberstanden. Die Bevölkerung ordnete sich den jeweiligen ideologischen Systemen „Kommunismus“ und „Kapitalismus“ unter. Nachbarschaftliche Beziehungen entstanden hier nun sowohl auf persönlicher, städtischer als auch staatlicher Ebene. Für unsere Wettbewerbsarbeit haben wir uns für einen Aspekt der städtischen und staatlichen Nachbarschaft entschieden – die Schulpolitik in den 1950er Jahren.²

¹Vgl. Ribbe, Wolfgang (2002), Berlin 1945-2000. Grundzüge einer Stadtgeschichte. 1. Auflage, BWV, Berlin.

²Ein erster Impuls dazu ging von einem Zeitzeugengespräch mit ehemaligen Schülern unserer Schule aus dem Osten Berlins in unserer Schule aus.

In diesem Zeitraum entstanden sogenannte „Ostklassen“ und es gab auf einmal „Ostschüler“³ – Begriffe, die aus heutiger Perspektive uns zunächst fragwürdig erschienen und die mit Inhalt gefüllt werden mussten. Ostschüler waren Schüler, die mit ihren Eltern im sowjetisch besetzten Sektor wohnten und in einem westlichen Sektor zur Schule gingen. Die DDR-Führung versagte ihnen jedoch zumeist den Besuch einer Oberschule bzw. das Ablegen des Abiturs, trotz guter oder sehr guter Leistungen, weil sie beispielsweise politisch nicht staatstreu organisiert waren.⁴ „Ostklassen“ sind die Antwort des Berliner Senats auf dieses Problem: „Ich sehe es als eine politische Aufgabe an, dass West-Berlin diesen Kindern hilft“ schreibt Volksbildungssenator Tiburtius im Juni 1951 an das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

Die Grenzen zwischen den Sektoren in Berlin waren in den 1950er Jahren offen. Die Menschen konnten in dem jeweils anderen Sektor arbeiten und auch zur Schule gehen. Dieses Kapitel Berliner Schulpolitik war lange in Vergessenheit geraten, ist jedoch jüngst neu in das Bewusstsein der Schulöffentlichkeit der Bertha-von-Suttner Oberschule geraten.⁵ Nach einem Zeitzeugengespräch im Rahmen unseres Geschichtsunterrichts stand fest: Ostschüler an der Bertha-von-Suttner Oberschule, das ist eine Nachbarschaftsebene, die es näher zu untersuchen und der Öffentlichkeit bekannt zu machen gilt. Daher beschäftigt sich diese Arbeit, konkret am Beispiel dieser Ostschüler an der Bertha-von-Suttner Oberschule in den 1950er und frühen 1960er Jahren mit diesem lange Zeit vergessenen Abschnitt der Schulgeschichte und städtischen Beispielen der Bildungspolitik.

Macht man sich auf die Suche nach Quellen über diese Phase der Schulgeschichte ist das Berliner Landesarchiv die erste Adresse.⁶ Sucht man für die frühen 1950er Jahre nach Dokumenten, die Aufschluss über die Motive zur Einrichtung der „Ostklassen“ in West-Berlin geben, stellt man fest, dass sich die verschiedenen Quellen dazu deutlich widersprechen.

1954 erkannte die damalige Senatsverwaltung für Volksbildung, dass es sich bei der

³ Der Begriff Ostschüler wird im Folgenden nicht mehr in Anführungszeichen gesetzt.

⁴ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 12.06.53.

⁵ Die Verfasser nehmen dazu genauer im Arbeitsbericht Stellung.

⁶ Das Landesarchiv Berlin beherbergt Akten aus der Senats- sowie Magistratsverwaltung, welche weitere Informationen über diese unerforschte Vergangenheit der Schulgeschichte vermuten lässt.

Problematik der Ostschüler an West-Schulen „um ein Politikum 1. Ordnung“⁷ handle. Hieraus wird die besondere ideologische Bedeutung deutlich, die der West-Berliner Senat der Frage der Ostklassen entgegen gebracht hat. Sie richtete die Klassen Anfang der 1950er Jahre ein. Dagegen berichtete nahezu zeitgleich das Reinickendorfer Jugendamt nach einem Besuch im Schülerheim Waidmannslust (West-Berlin), welches die aus dem Osten stammenden Schüler beherbergte, dass diese nicht aus politischen Gründen oder um irgendwelcher Ideale willen, sondern um hier ein Land zu finden, in dem sie ohne jede Leistung ein üppiges und ungebundenes Leben führen könnten.⁸ Kritik kam darüber hinaus von den Eltern der Schüler der Bertha-von-Suttner Oberschule zu dieser Zeit. In einer eigenen Rückschau aus dem Jahr 1958 schreibt der Vorsitzende des Elternausschusses der Bertha-von-Suttner Oberschule: „Ehrlich gesagt haben wir Eltern der B.v.S Schule uns auch lange dagegen gesträubt, daß ein Fremdkörper [!] in unsere Schule kommt und zwar in der Befürchtung, daß es zu Lasten unserer Kinder ginge“.⁹

Demgegenüber empfand die Ost-Berliner Seite bereits früh die Beschulung der Ostschüler im Westen auch als ideologische Bedrohung. Der Landesvorstand der SED von Gross-Berlin schrieb schon 1950 an den Magistrat für Volksbildung, dass sich dieser Problematik, der Ostschüler im Westteil der Stadt angenommen werden müsse, um die Beschulung im Osten wieder „in geordnete Verhältnisse“¹⁰ zu bringen.¹¹ Für die SED-Führung war die Flucht ihrer Bürger in den Westen 1952 zu so einem großen politischen Problem geworden, dass das Politbüro sogar eine Arbeitsgruppe gründete, die „Vorschläge für Maßnahmen gegen Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften in West-Deutschland“¹² unterbreiten sollte. Durch diese Quellengegenüberstellung für die 1950er Jahre wird deutlich, dass es sich aus Sicht des Magistrats und des Senats um eine politische Nachbarschaft handelt.

Daher stellt sich die Frage, inwieweit diese sogenannten Ostklassen von 1950 bis 1961 in West-Berlin eine von Seiten der Berliner Senatsverwaltung geplante Nachbarschaft (im

⁷ LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge 10.08.54.

⁸ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Kriegsfolgenhilfe/ Senatsverwaltung: Ostschüler-Heime/ Senatsverwaltung: Ostschülerheim-Bau (die Akten Nr. 227-229 wurden vom Landesarchiv in einer Akte zusammengefasst, jedoch mit unterschiedlichen Titeln versehen) 07.12.54.

⁹ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 14.06.58.

¹⁰ LAB, Magistrat: Schulbesuch in West-Berlin.

¹¹ Zur Begründung und Entwicklung unseres Themas wird hier nicht ausführlich Stellung genommen. Die Herleitung des dieser Arbeit zu Grunde liegenden Forschungsprozesses wird im Arbeitsbericht detailliert dargelegt.

¹² Werkentin, Falco: Warum rebellieren Menschen. Hinweise zur Vorgeschichte des 17. Juni 1953 in: Jan Foitzik u.a. (Hg.), Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen, Berlin, Potsdam 2004 S. 48.

Kalten Krieg zwischen Ost und West) war und wie sich diese im Verlauf der Zeit in Wirklichkeit entwickelte.

Diesem Wettbewerbsbeitrag liegt die Arbeitshypothese zu Grunde, dass diese Form der Nachbarschaftspolitik vom Berliner Senat aus politischen Motiven, trotz vehementer Widerstände aus der Bevölkerung, geplant und als staatliches Instrument im Nachbarschaftskonflikt zwischen dem West- und Ostteil der Stadt während der Blockkonfrontation eingesetzt wurde. Im weiteren Verlauf wurde jedoch die Umsetzung des Plans, Ostschüler in West-Berliner Schulen aufzunehmen, von der Bevölkerung getragen und es entwickelte sich eine gelebte Nachbarschaftsform zwischen Ostschülern und Westfamilien.

Zur Prüfung dieser Hypothese wird im Folgenden die Ostschüler-Politik in die historische Nachbarschaftsforschung eingeordnet (II.), eine Einordnung Berlins in den Ost-West-Konflikt gegeben (III.), schließlich eine historische Fallanalyse (IV.) am Beispiel der Ostschüler der Bertha-von-Suttner Oberschule vorgenommen. Die Quellenanalyse ist gegliedert in die Quellen nach Motiven zur Einführung der Ostklassen (IV.A.), die Durchführung und Entwicklung (IV.B.), die daraus entstehenden Probleme und Konflikte (IV.C.) und die Bertha-von-Suttner Oberschule im Besonderen (IV.D.). Abschließend werden die Verfasser ein zusammenfassendes Fazit (V.) ziehen und ihren individuellen Forschungs- und Arbeitsprozess (VI.) reflektieren.

II. EINORDNUNG DER OSTSCHÜLER-POLITIK IN DIE HISTORISCHE NACHBARSCHAFTSFORSCHUNG

Nachbarschaft ist vielfältig, so beschreibt sie auch die Professorin für Didaktik der Geschichte Dr. Saskia Handro. Nachbarschaft kann durch Integration, aber auch durch Ausgrenzung geprägt sein.¹³ So ist zu Zeiten des Nationalsozialismus eine jüdische Familie ein räumlicher Nachbar gewesen, wurde jedoch von der restlichen Nachbarschaft zu meist ausgegrenzt. Neue Nachbarn werden oft aufgrund von Vorurteilen bewertet. In den 1970er Jahren zum Beispiel waren „Rauschgiftsüchtige, Negerfamilien, Gastarbeiter, Schwachsinnige und Körperbehinderte“¹⁴ schon per se unerwünschte Nachbarn, ohne dass man sie vorher näher kennengelernt hatte.

Doch auch das macht Nachbarschaft aus. Jeder entscheidet individuell für sich, wie er seine Nachbarschaft gestaltet. Manch einer benötigt Distanz und nähert sich langsam seinem Nachbarn an. Andere gehen schnell aufeinander zu und suchen den Kontakt. Wieder andere haben kein Interesse an einer intensiven Nachbarschaft. Aber gibt es das eine Ideal?

Durch die mobile Welt rücken nachbarschaftliche Beziehungen immer mehr in den Hintergrund. Man plaudert nicht mehr, wenn man sich zufällig auf der Straße über den Weg läuft, sondern schreibt einander mit dem Handy. Doch Nachbarschaft wird es immer geben. Wie sie ausgeübt, geprägt oder gestaltet wird, ist ungewiss. Dem ungeachtet sieht Frau Dr. Handro die Zukunft in einer substanziellen Nachbarschaft. Sie sieht in „Nachbarschaftsgärten, multikulturellen Stadtteilzentren, in Mehrgenerationenhäusern, autofreien Stadtvierteln, in Ökosiedlungen und Wagenburgen“¹⁵ die Nachbarschaft von morgen.

Zum Thema Nachbarschaft hat auch Dr. Herfried Münkler eine klare Position.¹⁶ In seinem Text teilt er Nachbarschaftsbeziehungen in drei unterschiedliche Ebenen ein. Als nied-

¹³ Handro, Saskia: *Auch Nachbarschaft hat Geschichte. Saskia Handro über den historischen Wandel des Miteinanders, Nebeneinanders und Gegeneinanders von Nachbarn*, in: *spurensuchen. Der neue Wettbewerb: Vertraute Fremde* (26/2012), S. 20.

¹⁴ Handro, Saskia: *Auch Nachbarschaft hat Geschichte. Saskia Handro über den historischen Wandel des Miteinanders, Nebeneinanders und Gegeneinanders von Nachbarn*, in: *spurensuchen. Der neue Wettbewerb: Vertraute Fremde* (26/2012), S. 20.

¹⁵ Handro, Saskia: *Auch Nachbarschaft hat Geschichte. Saskia Handro über den historischen Wandel des Miteinanders, Nebeneinanders und Gegeneinanders von Nachbarn*, in: *spurensuchen. Der neue Wettbewerb: Vertraute Fremde* (26/2012), S. 22.

¹⁶ Vgl. Münkler, Herfried: *Über Nachbarschaft. Der Nutzen und Nachteil von Partnerschaft, Mitgliedschaft und Freundschaft*.

rigsten Ebene bezeichnet er die Nachbarschaft selbst. Bei ihr muss man keinen bestimmten Verpflichtungen nachkommen und hat keine engere Beziehung zueinander. Solche Nachbarschaftsbeziehungen seien „eine gestaltungsoffene räumliche Nahbeziehung“¹⁷. Dann teilt er der zweiten Ebene die Partnerschaft zu. In diesem Fall vertieft man die Nachbarschaft, indem man sich „gemeinsame Aufgaben und Ziele“¹⁸ setzt. Man teilt seine Stärken mit dem Partner und lässt sich bei seinen Schwächen helfen. Auf die oberste Ebene setzt Herr Münkler die Freundschaft. Diese Art der Nachbarschaft beschreibt er als sehr selten, weil sie „extrem pflegebedürftig ist“¹⁹. In einer Freundschaft hat man hohe Ansprüche an den Freund und muss diese auch selbst erfüllen. Im weiteren Teil der Arbeit werden die Verfasser sich auf diese Texte beziehen.

¹⁷ Münkler, Herfried: *Über Nachbarschaft. Der Nutzen und Nachteil von Partnerschaft, Mitgliedschaft und Freundschaft.*

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

III. ZUR VORGESCHICHTE / EINORDNUNG BERLINS IN DEN OST-WEST-KONFLIKT

Mit der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 begann ein Umbruch, der die ganze weitere Entwicklung von Nachbarn in Ost und West prägte. Deutschland wurde zwischen den vier Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA und der UdSSR aufgeteilt. Zunächst war es für die Menschen im am Boden liegenden Deutschland von größter Wichtigkeit, sich um die eigene Versorgung und die Unterstützung von Nachbarn und Freunden zu kümmern.²⁰ Fragen nach dem „Wie weiter in meinem Alltag?“ standen für die Menschen im Vordergrund. Hierbei spielte Nachbarschaft eine besonders wichtige Rolle, denn auf eben diese Nachbarn musste man sich verlassen können, nachdem der deutsche Staat faktisch aufgehört hatte zu existieren.

Berlin spielte hierbei eine besondere Rolle, denn als ehemalige Reichshauptstadt wurde auch sie auch in vier Sektoren geteilt, obwohl sich Berlin eigentlich im Sektor der UdSSR befand. Die Stadt wurde damit zur Enklave. Die Entwicklung und der Status von Berlin stellten eine große Herausforderung dar, denn die vier Siegermächte²¹ hatten völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, wie es mit der Stadt weiter gehen sollte und trotzdem die gemeinsame Verantwortung für die in weiten Teilen völlig zerstörte Stadt.²² Zunächst wurden im Alliierten Kontrollrat noch Regelungen gemeinschaftlich getroffen und teilweise umgesetzt – wie zum Beispiel die Entnazifizierung. Auf längere Zeit ergaben sich jedoch unüberbrückbare Probleme zwischen den Alliierten. Über die Frage nach der zukünftigen Entwicklung Deutschlands und den Aufbau staatlicher Strukturen zerbrach die Zusammenarbeit. Deshalb trat die UdSSR am 20. März 1948 aus dem Alliierten Kontrollrat aus, welcher bis dahin Deutschland verwaltet hatte.²³

Doch nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Teilen der Welt herrschte zwischen den vier Siegermächten eine starke Rivalität. Diese Blockkonfrontation bezeichnet man als „Kalten Krieg“. So teilten sich die Siegermächte in zwei Lager auf. Auf der einen Seite standen die USA, Großbritannien und Frankreich, auf der anderen Seite die UdSSR.

²⁰ Vgl. Conradt, Sylvia u.a.: Reichstrümmerstadt, 1987 Darmstadt, Seite 15-16.

²¹ Wobei hier nur zwei unterschiedliche Meinungen vertreten waren. Auf der einen Seite die Sowjetunion und auf der anderen Seite Großbritannien, Frankreich und die USA.

²² Vgl. Conradt, Sylvia u.a.: Reichstrümmerstadt, 1987 Darmstadt, Seite 85-87.

²³ Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945 bis 1995, Bonn 1996, S. 52.

Aufgrund unterschiedlicher, sich widersprechender politischer und wirtschaftlicher Vorstellungen kam es immer wieder zu Sabotageversuchen und Provokationen, die die jeweils andere Seite schwächen sollten.²⁴ Die besondere geographische Lage der Enklave Berlin war dafür ein geeigneter Ort, weil sich die unterschiedlichen Systeme hier direkt gegenüber standen. Aus Partnern²⁵ im Kampf gegen das ehemals nationalsozialistische Deutschland waren nun ‚nur noch‘ Nachbarn geworden, die nebeneinander oder auch gegeneinander leben mussten. So blockierte zum Beispiel die sowjetische Militärverwaltung alle Versorgungswege nach West-Berlin vom 26. Juni 1948 bis zum 12. Mai 1949, um die weitere Entwicklung West-Berlins zu behindern und am besten die westlichen Nachbarn, die USA, Großbritannien sowie Frankreich, aus der gemeinsam kontrollierten Stadt zu vertreiben. Dieses geschah aufgrund der vorangegangenen Währungsreform in den drei Westsektoren. Doch letztendlich startete der sowjetisch besetzte Sektor eine eigene Währungsreform und die Blockade wurde aufgehoben, da im Gegenzug unter anderem keine Güter des Westblocks in die sowjetische Besatzungszone mehr geliefert wurden. Die UdSSR musste sich eingestehen, dass sie ihr Ziel – die Loslösung der Verbindungen West-Berlins von den drei Westsektoren der Bundesrepublik – wegen der unermüdlichen Luftbrücke der Westalliierten nicht erreichen würde.²⁶ Wegen der Vielzahl unüberbrückbarer ideologischer Gegensätze wurden zunächst 1949 die Bundesrepublik Deutschland und anschließend die DDR als zwei eigenständige Staaten gegründet, die sich politisch gegenseitig ablehnend gegenüberstanden.²⁷ Das Leben an der Seite des ungeliebten Nachbarn machte damit nun endgültig aus der einen deutschen Familie Nachbarn an der Sektorengrenze, was eine Belastung für viele Deutsche wurde.

Bei allen politischen Auseinandersetzungen stand für die Bewohner Berlins im Mittelpunkt, die großen Probleme des Alltags zu bewältigen. Daraus resultierten unterschiedliche Entwicklungen in der Lebensweise der Bewohner in den drei westlichen und dem sowjetisch besetzten Sektor.²⁸ Währenddessen herrschten in Deutschland nicht nur Konflikte zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie in Berlin zwischen dem Senat und

²⁴ Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, Berlin 2011, Seite 160-161.

²⁵ Partner: siehe Einordnung in die Historische Nachbarschaftsforschung.

²⁶ Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, Berlin 2011, Seite 167-171.

²⁷ Vgl. Der Fischer Weltalmanach Chronik Deutschland 1949-2009, Seite 19.

²⁸ In der DDR war es zum Beispiel üblich als Jugendlischer bei den Jungpionieren oder der Freien Deutschen Jugend Mitglied zu sein, was in der Bundesrepublik nicht so stark vertreten war.

dem Magistrat²⁹, den jeweiligen politischen Organen der Stadt, sondern auch zwischen den Bürgern und den politischen Organen. Inmitten dieser Auseinandersetzungen passierten in Berlin täglich die Ostschüler die Grenze, um in West-Berlin zur Schule zu gehen, während sich die politische Lage in der Stadt in den 1950er Jahren immer weiter zuspitzte. So wurde unter anderem am 10. November 1958 von der Sowjetunion das Berlin-Ultimatum verkündet, wonach alle alliierten Truppen aus West-Berlin abrücken sollten. Die Sowjetunion wollte West-Berlin zu einer „freien Stadt“ machen. Damit bestand die Gefahr, dass sie West-Berlin faktisch in die DDR eingliedern wollte. Somit stellte diese sowjetische Aktion eine Provokation für die Westmächte dar.³⁰

Eines der größten Probleme dieser Zeit – nicht zuletzt auch in Zuspitzung der Berlin-Krise 1958 – war es, dass immer mehr Menschen in den Westen umsiedelten.³¹ Einerseits war dies die Folge der dortigen besseren Lebensbedingungen, andererseits wuchs der Flüchtlingsstrom aus politisch motivierten Gründen an. Insbesondere viele Fachkräfte und Hochschulabsolventen verließen die DDR. Wegen dieses Bevölkerungszuwachses hatte die Westbevölkerung Angst, dass sie in der Masse der Flüchtlinge untergehen und benachteiligt werden könnte. So waren von 1952 zu 1953 mehr als doppelt so viele Schüler nach West-Berlin gekommen, um dort ihre Reifeprüfung abzulegen. Die Flüchtlingszahlen stiegen immer weiter so dramatisch an, dass die DDR-Führung am 13. August 1961 die Sektorengrenzen zu West-Berlin abriegelte. Der Mauerbau begann.

Der Mauerbau war auch für die Nachbarschaftsbeziehungen ein einschneidendes Ereignis. Menschen, die als Nachbarn, in der gleichen Stadt nur wenige Meter voneinander entfernt lebten und mitunter gut befreundet waren, wurden auf einmal durch eine Grenze getrennt, die sie nicht mehr überschreiten konnten. Ein Teil davon waren die Schüler, die die Grenze jeden Tag überquert hatten. Lehrer und Schüler kamen am nächsten Schultag teilweise nicht mehr zu ihrer Schule.³² Spätestens jetzt spitzte sich in Berlin die Lage so dramatisch zu, dass aus politischer Nachbarschaft offene Feindschaft

²⁹ Als sich die Stadtverordnetenversammlung aufgrund von Unruhen in den Westteil zurückzog, weigerte sich die SED-Fraktion daran teilzunehmen. So zog der Magistrat auch nach West-Berlin. Doch „gespalten wurde die einheitliche Stadtverwaltung aber durch einen kommunistischen Putsch: Eine illegale außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten“ der SED 1950 wurde daraufhin im Osten eine eigene Regierung eingesetzt und ebenfalls Magistrat genannt. Daher nannte der Westen seinen Magistrat in Senat um. Vgl. Berlin Handbuch, Seite 501-502.

³⁰ Wilke, Manfred: Der Weg zur Mauer, Berlin 2011, Seite 207-222.

³¹ Wetzlaugk, Udo: Die Alliierten in Berlin, Berlin 1988, Seite 66-67.

³² Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Aufbauplätze-Einrichtung, 13.09.61.

zwischen Senat und Magistrat – auch rhetorisch – wurde. In dieser Arbeit wird daher im Folgenden noch zu untersuchen sein, welche Wandlungen sich auf dieser Grundlage im Schüler- bzw. Elternverhältnis an der Bertha-von-Suttner Oberschule ergaben.

IV. HISTORISCHE FALLANALYSE ZU DEN OSTKLASSEN IN WEST-BERLIN

A. Einführung / Begründung / Motive

In den verschiedenen Konflikten zwischen dem Senat und dem Magistrat war kaum etwas ohne einen Hintergedanken gemacht worden. Es liegt in dem Interesse des Menschen den Nutzen für sich zu suchen, doch dann stellt sich die Frage, mit welchen Hintergedanken und zu welchem Nutzen die Ostklassen eingerichtet wurden. Wie schon im historischen Kontext dargestellt wurde, waren die Beziehungen zwischen Ost und West ideologisch sehr belastet, was nahe legt, dass es sich hierbei um eine politisch motivierte Nachbarschaft handelt, die im Laufe der Zeit dann zu einer ehrlichen warmherzigen Hilfeleistung geworden ist.

Die These der politisch motivierten Nachbarschaftsmaßnahme lässt sich quellenkritisch durch den senatsinternen Schriftverkehr nachvollziehbar stützen. Bereits im Juni 1953, vier Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten, schrieb der Senator für Sozialwesen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Ostschüler in West-Berlin an den Senator für Volksbildung, dass die Ostschüler zu einer „politischen Frage“ geworden seien, denn ihre Finanzierung sei nicht länger durch die öffentliche Fürsorge zu lösen.³³ Diese Aussage könnte zunächst zwar belegen, dass es sich bei den Ostschülern in West-Berlin um einen Aspekt der öffentlichen Hilfeleistung gehandelt haben könnte und erst in zweiter Linie um eine politische Planung, wenn es eine gleich bleibende Anzahl an Ostschülern in West-Berlin gegeben hätte. Doch im Dezember desselben Jahres schrieb das Hauptjugendamt, dass es Probleme mit der Verwaltung der zunehmenden Anzahl an Ostschülern gäbe. Daher scheint es sich vorher doch eher um eine geringe, kontinuierlich zunehmende Anzahl³⁴ gehandelt zu haben, was zeigt, dass die Möglichkeit, in West-Berlin zur Schule zu gehen, bei den Schülern im Laufe der Zeit immer beliebter geworden ist. Der Senator für Arbeit und Sozialwesen brachte die politischen Interessen der Se-

³³ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration.

³⁴ Es werden zunächst nur Ostabiturienten beschult, die einen Abschluss des 13. Schuljahrs benötigen um sich für einen Studienplatz bewerben zu können. Diese Schüler wurden dann in bereits vorhandenen „Westklassen“ aufgenommen und unterrichtet. [Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge Verfügung zur „Einrichtung 13 Ostklassen“ vom 19.01.54].

natsverwaltungen am 10. August 1954 vielmehr am Deutlichsten zum Ausdruck, indem er über die Aufnahme und die Unterrichtung der Ostschüler formulierte, die Beschulung in den Ostklassen sei auch „eine Waffe gegen die Sowjetisierung wertvoller Menschen“³⁵. Mit dieser Stellungnahme im senatsinternen Schriftverkehr aus dem Jahr 1954 wird nochmals deutlich, dass es sich hierbei um eine klar politisch motivierte Nachbarschaft gehandelt hat, die als ein politisches Mittel im Kampf gegen den Ostblock betrachtet wurde.

Wegen dieses politischen Nutzens für den Senat, der im Abwerben der Elite der Ostens, zu liegen scheint, um die eigenen politischen Interessen im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands durchsetzen zu können³⁶, wurden die 13. Ostklassen weiter gefördert. Durch die jährlich ansteigende Nachfrage nach dieser Beschulung im Westen, stieg die Anzahl der Schülerplätze seit Beginn der 1950er Jahre rapide an³⁷. Der Zustrom von Ostschülern nach West-Berlin setzte sich dabei aus drei unterschiedlichen Gruppen von Ostabiturienten zusammen, nämlich Schülern „die aus politischen Gründen die Reifeprüfung an einer Schule im sowjetisch besetzten Gebiet nicht bestanden hatten, zur Reifeprüfung nicht zugelassen worden waren oder während der schriftlichen Reifeprüfung flüchten mußten“³⁸. Hieran wird nochmal die Vernachlässigung einiger Schüler durch den Osten deutlich. Doch nicht nur Schüler, die kurz vor ihrer Reifeprüfung standen, wurden vertrieben. Auch jüngere Schüler waren betroffen, weshalb in der Folge ab 1954 auch Ostklassen ab der 8. Klasse eingerichtet wurden.

In einem Vermerk an Senator Tiburtius beschreibt seine Verwaltung im Jahr 1953, dass der Magistrat jedoch den Zustrom von Ostschülern nach West-Berlin als erhebliches politisches Problem für Ost-Berlin erkannt hatte, sodass sich „die Lage dieser Schüler wesentlich geändert“³⁹ habe. Der Magistrat versuchte zu verhindern, dass die Schüler weiter im Westen zur Schule gingen, indem er das Anmelden an Schulen in West-Berlin und

³⁵ LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge 10.08.54.

³⁶ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung, 14.11.56.

³⁷ So ist der Senatsvorlage zur „Einrichtung von 13 Klassen für Ostabiturienten „ vom 4.8.54 zu entnehmen, „dass 1952 rund 200, 1953 rund 520 zur Anerkennung ihres im Osten erworbenen Reifezeugnisses in Westberliner Schulen eingewiesen mussten und bereits jetzt [1954!] 550 Anmeldungen vorliegen“. Der Bericht erstattende Senator Prof. Dr. Tiburtius rechnete in derselben Vorlage in für das Jahr 1954 mit 600-700 Schülern. Vgl.62.

³⁸ LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge 13.10.54.

³⁹ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration, 13.04.53.

das Passieren der Sektorengrenze erschweren wollte.⁴⁰ Darauf reagierend versuchte der Senat jedoch, diese Bemühungen des Magistrats zu umgehen, indem er es den Schülern ermöglichte, nach West-Berlin zu ziehen.⁴¹ Dieses wird zunächst von der Bevölkerung und vor allem von den unmittelbaren Nachbarn der Ostschüler nicht gutgeheißen⁴², denn sie fürchteten, in der Masse der Flüchtlinge aus Ost-Berlin unterzugehen und deshalb vom Senat vernachlässigt zu werden. In den späteren Jahren wird jedoch eine Veränderung auf West-Berliner Seite bei den Eltern aus West-Berlin in den Quellen deutlich. Die Ostschüler sollten doch nicht länger „Ostschüler“ genannt, sondern fortan als „Gast-schüler“ bezeichnet werden⁴³ und nach dem Mauerbau kämpften die Eltern der Berthavon-Suttner Oberschule für „ihre“⁴⁴ Ostschüler, indem unter anderem Spendenaktionen durchgeführt und Plätze in Familien angeboten wurden, um den in West-Berlin verbliebenen Ostschülern ein gutes Leben zu ermöglichen. Die Ostschüler waren nunmehr zu einem festen, freundschaftlichen Teil der West-Berliner Gesellschaft geworden und nicht mehr eine politische Waffe wie sie einst durch den Senat geplant worden war.

B. Durchführung / Entwicklung

Jeder kennt das Phänomen, dass neue Mitschüler das eigene Umfeld und sogar die Nachbarschaft stark beeinflussen können, indem sich neue Freundschaften bilden oder Konflikte entwickeln. Dieses wird in größeren Maßstäben nur noch verstärkt. Eben eine solche Veränderung durch die Aufnahme neuer Ost-Berliner Schüler soll am Beispiel der Einführung der Ostklassen und der daraus folgenden Entwicklung in diesem Abschnitt dargestellt werden. Denn es gab eine Vielzahl an Problemen, welche im Zusammenhang mit den Ostklassen bewältigt werden mussten. Der West-Berliner Senat hatte sich in den 1950er Jahren laut seiner Aktenlage in diesem Zusammenhang mit folgenden Herausforderungen auseinanderzusetzen.

⁴⁰ „Durch die in letzter Zeit verschärften Zwangsmaßnahmen der Sowjetzonenregierung ist es den im sowjetischen Besatzungsgebiet wohnenden Eltern unmöglich, der Unterhaltspflicht gegenüber ihrer in West-Berlin lebenden Kinder nachzukommen. Das Ostmark-Transverbot macht eine finanzielle Unterstützung der Ostschüler unmöglich, der Entzug der Lebensmittelkarten verhindert die Versorgung mit Sachwerten (Lebensmitteln und Kleidung)“ Nr 471, 13.04.53.

⁴¹ Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration, 04.08.52.

⁴² Vgl. Nr.63, Denkschrift zur Lage der Ostabiturienten.

⁴³ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung, 09.07.58 Brief vom Vorsitzenden der Elternausschusses.

⁴⁴ Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung, 02.11.61 Brief vom Vorsitzenden des Elternausschusses.

Ein Problem waren die Unterhaltskosten für die Schüler, welche gezahlt wurden, um ihnen den Besuch an einer Westschule zu ermöglichen, denn der Magistrat stellte alle öffentlichen Zahlungen an die Schüler und ihre Eltern ein und in manchen Fällen wurde den Eltern auch gekündigt.⁴⁵ Doch im Verlauf der Zeit stellte sich heraus, dass der Magistrat so die Eltern nicht wie beabsichtigt daran hindern konnte, ihre Kinder im Westteil Berlins unterrichten zu lassen. Deshalb wurden die Grenzkontrollen verschärft, um die Schüler daran zu hindern, im Westteil der Stadt am Unterricht teilzunehmen. Darauf reagierte der Senat, indem er den Ostschülern ermöglichte, in West-Berlin in Heimen oder bei Gast-Familien unterzukommen.⁴⁶ Doch so entstanden wieder erhebliche Mehrkosten für den Senat.⁴⁷

Durch die von den Eltern in Ost-Berlin getrennte Unterbringung der Ostschüler im Westteil der Stadt entstand das zweite Problem, das es zu lösen galt. In der Nachkriegszeit war der Wohnraum ebenso knapp in der Stadt wie die zur Verfügung gestellten Schul- und Hochschulplätze. Damit genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte, ließ der Senat zwei weitere Schulheime bauen.⁴⁸ Aber diese Maßnahme stellte sich als das einfacher zu lösende Problem heraus. Denn durch den jährlich steigenden Zustrom von Ostschülern nach West-Berlin erhöhte sich die Anzahl der studierfähigen und studierwilligen jungen Menschen erheblich. Die neu zugezogenen Schüler waren damit nicht nur Teil der nachbarschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Stadtregierung. Sie wurden damit auch zu einer zunehmenden Konkurrenz für die ‚ursprünglich‘ aus dem Westteil der Stadt stammenden Abiturienten. Diese Konkurrenzsituation spitzte sich zu. Denkschriften an und Vermerke der Senatsvolksbildungsverwaltung machen deutlich, dass diese Lage die Solidarität der Menschen in West-Berlin zu der politischen Nachbarschaftshilfe ihres Senats belastete.⁴⁹ Um die Nachfrage nach genügend Hochschulplätzen zu entschärfen, entschied sich die Volksbildungsverwaltung, die Ostschüler, die in West-Berlin ihr Abitur erhalten hatten, darüber zu informieren, dass sie auch eine Hochschule

⁴⁵ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 04.08.52.

⁴⁶ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 04.08.52.

⁴⁷ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration.20.09.52.

⁴⁸ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 18.11.52.

⁴⁹ "Die besonderen Probleme, die sich bisher in der Betreuung der Ostabiturienten abzeichneten und schon des Öfteren Gegenstand von gemeinsamen Gesprächen waren, möchten wir noch einmal zusammenfassend vortragen, da wir der Meinung sind, dass diese einer Neuordnung bedürften" LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 20.09.52.

oder Universität in der Bundesrepublik besuchen könnten.⁵⁰ Davon versprach sich der Senat eine Entspannung der Lage.

Zusammenfassend muss jedoch festgestellt werden, dass die Einrichtung der Ostklassen anfänglich offensichtlich eine eher politische Unterstützung im Westteil der Stadt fand. Die Eltern der Westschüler hießen diese Maßnahme am Anfang nicht gut, denn sie befürchteten, dass ihre Kinder durch die Vielzahl von Ostschülern vernachlässigt werden könnten, indem die Ostschüler die Universitäts- und Hochschulplätze besetzen könnten.⁵¹ Des Weiteren bekamen die Ostschüler auch außerschulische Aktivitäten wie etwa Zeichen- oder Singkurse⁵² durch den Senat finanziert, was die Eltern der Westschüler mit Missgunst wahrnahmen.⁵³ Die Landesregierung erörterte daher intern und entschied sich schließlich auch dafür, Hilfen für die Ostschüler zum Teil ohne Information der West-Berliner Öffentlichkeit zu gewähren.⁵⁴

C. Probleme / Konflikte

Die Politik um die Ostklassen beschäftigte den Senat die gesamte Zeit der 1950er Jahre hindurch. Bei einem so großen logistischen Unterfangen ist es verständlich, dass dies nur mit erheblichen Herausforderungen einhergehen konnte. So beschäftigte den Senat die Frage der Zurverfügungstellung von ausreichendem Wohnraum für die zuströmenden Ostschüler in erheblichem Maße. Aus einem Bericht des Senatsdirektors für Sozialwesen an den Volksbildungssenator vom Februar 1953⁵⁵ wird deutlich, dass für den Senat kein Weg an zusätzlichen Unterbringungsmaßnahmen vorbei führte. Er begründete dies damit, dass man davon ausgehen müsse, dass die Eltern, auch wenn man Druck auf sie ausüben würde, ihre Kinder nicht aus den Schulen von West-Berlin zurückziehen würden.⁵⁶ Im Weiteren erläutert er die Maßnahmen, die aus seiner Sicht ergriffen werden müssten. Eine Möglichkeit die Ostschüler unterzubringen sei es, ihnen in Heimen oder in West-Familien einen Platz zu geben. Dazu schreibt er allerdings auch, dass die Unter-

⁵⁰ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration (Datum nicht vorhanden).

⁵¹ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration (Datum nicht vorhanden).

⁵² LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration, 08.06.1953.

⁵³ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration (Datum nicht vorhanden).

⁵⁴ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration (Datum nicht vorhanden).

⁵⁵ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration, 06.02.1953.

⁵⁶ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 04.02.53.

bringung in Heimen hohe Kosten verursachen würde. Bei 4000 Schülern würde jährlich ein Betrag von 12 Millionen Deutsche Mark fällig werden. Aus diesem Grund bevorzugte er die Unterbringung in Familien und war der Meinung, dass man im Ernstfall einen Aufruf an die Bevölkerung richten müsse, Ostschüler in ihren Familien aufzunehmen. Eine weitere mögliche Konsequenz für die Eltern der Ostschüler sei in Erwägung zu ziehen. Wenn sich diese gegen die Sanktionsmaßnahmen der DDR-Führung auflehnten, ihre Kinder im Westteil zu beschulen, bestünde die Gefahr, dass sie sich gezwungen sehen könnten, in West-Berlin Zuflucht zu suchen. Dadurch würde die Zahl der Flüchtlinge weiter steigen.⁵⁷ Aus den Unterlagen wird deutlich, dass sich der Senat, der umgehend danach mit diesem Bericht befasst wurde, ohne zu Zögern und entschieden um die Versorgung der Ostschüler kümmerte.⁵⁸ Die hohe politische Priorität der Ostklassen wird daran erneut deutlich.

Um die Flüchtlinge kümmerte sich allerdings auch die Verbindungsstelle für kulturelle Betreuung beim Senator für Volksbildung. Diese machte bereits in einem Bericht ebenfalls aus dem Jahr 1953, der an die Senatsverwaltung für Volksbildung weitergeleitet wurde, deutlich, dass die West-Berliner Bevölkerung sich schon darüber beschwert habe, dass man sich so viel um die Flüchtlinge, wozu auch die Ostschüler zählten, kümmerte und dadurch die eigene, West-Berliner, Bevölkerung vernachlässigte.⁵⁹ Daraus zog die Verbindungsstelle Konsequenzen und versuchte, die Hilfe für die Flüchtlinge in der folgenden Zeit nicht mehr so öffentlich zu machen wie zuvor. Die Entscheidung für die Zukunft war es, die Hilfsleistungen, wie zum Beispiel die Finanzierung von Besuchen von „künstlerischen, wissenschaftlichen und kulturellen Darbietungen [...] mit einem gewissen Prozentsatz Arbeitsloser, Rentner und Sozialunterstützter zu untermischen“.⁶⁰ Dies zeigt, dass man den Plan, Ostschüler in das westliche System einzugliedern, auf jeden Fall umsetzen wollte und belegt auch die besondere politische Bedeutung, die die staatlichen Stellen im Westen dieser Maßnahme im Nachbarschaftskonflikt mit dem Osten beigemessen haben. Wenngleich die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Quellen keine Auskunft darüber geben, wie sich die Eltern der Bertha-von-Suttner Oberschule – oder auch einer anderen Schule in West-Berlin – Anfang der 1950er Jahre zu den Hilfsmaß-

⁵⁷ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration 04.02.53.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration, 08.06 1953.

⁶⁰ Ebd.

nahmen des Senats gegenüber den Ostschülern gestellt haben, nutzen die Ausführungen der Verbindungsstelle für kulturelle Betreuung. Sie machen deutlich, dass die West-Berliner ihren neuen – politisch eingeladenen – Nachbarn nicht in der Weise offen begegnet sind wie der Senat es auf politischer Ebene tat. Von Partnerschaft oder Freundschaft ist in diesen Ausführungen auch keine Spur. Kritische Distanz zu den zugeströmten Menschen scheint die Stimmung der Menschen in West-Berlin dagegen besser wiederzugeben.⁶¹

D. Bertha von Suttner Oberschule / Eltern

Die Eltern der Bertha-von-Suttner Oberschule waren von der Aussicht, dass Schüler aus dem Osten in ihre Schule integriert würden, nicht begeistert. So schrieb der Vorsitzende des Elternausschusses der Bertha-von-Suttner-Oberschule, Otto Stirnemann, in einem Brief an den Reinickendorfer Bezirksstadtrat am 14. Juni 1958 rückblickend: „Ehrlich gesagt haben wir Eltern der B.v.S-Schule uns lange dagegen gesträubt, daß ein Fremdkörper [!] in unsere Schule kommt und zwar in der Befürchtung, daß es zu Lasten unserer Kinder ginge“.⁶² Die Eltern waren der Meinung, dass Schüler aus dem Osten, welche nicht nur eine vollkommen andere Schulausbildung, sondern auch eine komplett andere Erziehung in einem andersartigen ideologischen System erhalten hatten, eine Gefahr für ihre Kinder darstellen könnten. Sie selber wollten und ihre Kinder sollten offensichtlich von Beginn an kein gutes Verhältnis zu den Ostschülern aufbauen, obwohl sie die Ostschüler vorher nicht genauer kennengelernt hatten. Sie hatten keinerlei Verständnis für die Einrichtung solcher Klassen. Dieser Meinung waren nicht nur die Eltern der Bertha-von-Suttner Oberschule. Kaum eine Schule war daran interessiert, solche Klassen in das Schulkonzept mit aufzunehmen.⁶³ An aufrichtige Hilfe für Nachbarn aus dem Osten dachte kaum einer. Jeder war fixiert auf seine Kinder und wollte das möglichst Beste für sie. Dazu gehörten keine „Fremdkörper“⁶⁴, Außerdem hatten sie die Angst, dass die Ost-

⁶¹ Der Umgang mit den Ostschülern blieb in Berlin auch darüber hinaus kontrovers. Innerhalb der Senatsverwaltung für Volksbildung war bereits 1954 der Umgang mit den Ostschülern in West-Berliner Schulen so strittig, dass sich für die Senatsverwaltung die Frage stellte, ob die Ostschüler in die West-Berliner Schulen integriert oder in eigens geschaffenen Lehranstalten beschult werden sollten: „Es ist selbstverständlich, daß keine Schule ihren eigenen Ruf in Gefahr bringen will“ (Aus dem hausinternen Vermerk über die „Gründung von selbstständigen Unterrichtseinrichtungen in Form von Lehrgängen für Abiturienten aus der Sowjetzone“, abweichend dazu im gleichen Vermerk „[...]eine solche Zusammenballung von Ostschülern an einer Stelle verhindern sollen“ Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge.

⁶² LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 14.06.58.

⁶³ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 15.11.56.

⁶⁴ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 14.06.58.

schüler die Schulplätze in West-Berlin belegen könnten⁶⁵ und es so zu einer Überfüllung der Klassen kommen könnte. Die Eltern wussten nicht, dass nur Schüler zugelassen wurden, die politisch verfolgt wurden, weil sie zum Beispiel nicht Mitglied der FDJ waren. So könnte hier ein nachbarschaftliches Vorurteil ersichtlich werden. Man kennt seine Nachbarn gar nicht und hat dennoch ein Meinungsbild von ihnen.

Doch im weiteren Verlauf der Geschichte lernten die Eltern die neuen Mitschüler ihrer Kinder schätzen. Bei genauerer Auseinandersetzung mit den Ostschülern entwickelte sich offensichtlich auch eine engere Beziehung. So kam es, dass manche Westeltern Patenschaften für Ostschüler übernahmen und ihnen zum Beispiel einen Heimplatz oder Nachhilfestunden bezahlten.⁶⁶ Die Quellenlage für den Zeitraum zwischen 1952 und 1958 ist sehr dürftig, sodass der Brief von Herrn Stirnemann der einzige Beleg für die Meinung der Eltern in diesem Zeitraum ist.

Ausgehend von dieser Quellenlage war es daher notwendig, auf Spurensuche mit Hilfe eines Zeitzeugen zu gehen. Durch die Zeitzeugengespräche an unserer Schule lag es nahe, Kontakt mit einem Ostschüler aufzunehmen.⁶⁷ Für die Zeitzeugenschilderungen stand uns Frau Karin Albert zur Verfügung. In dem Gespräch mit ihr wurde deutlich, dass sie über die Frage der Elterngefühle für die Anfangszeit auch keine Informationen beisteuern konnte, weil sie erst 1958 Schülerin wurde. Ihre Schilderungen haben jedoch andere wichtige Erkenntnisse gebracht. Für die zweite Hälfte der 50er Jahre war die Beschulung von Ostschülern der Bertha-von-Suttner Oberschule ein absolut übliches Verfahren. Besondere Einschulungsfeiern gab es nicht: „Das ging beim Schulamt alles ganz flott. ... An der Schule sagte der Schulleiter: ‚Das ist Deine Klasse‘ und dann ging es schon los. ... Wir waren ja auch viel zu viele für eine besondere Begrüßung.“⁶⁸

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre kooperierte die Bertha-von-Suttner Oberschule mit der benachbarten Engels-Schule.⁶⁹ Zeitweise wurde diskutiert, ob unsere Schule auf-

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung, 08.11.61.

⁶⁷ Das Gespräch fand in Vermittlung durch unseren Tutor statt. Frau Karin Albert, die bei uns in der Schule schon öfter zu Gast war, haben wir zu der Situation der Ostschüler befragt. Frau Albert kam allerdings erst 1958 an die Schule, hatte jedoch Kontakte zu Schülern, die bereits früher an unsere Schule kamen.

⁶⁸ Zeitzeugengespräch, Mitschrift, Februar 2013 mit Frau Karin Albert.

⁶⁹ Ebd.

gelöst werden sollte: „Es war ja noch eine ganz kleine Schule mit einem jungen Kollegium.“⁷⁰ Die Schilderungen der Zeitzeugin bestätigt die Aktenlage. So schreibt Otto Stirnemann für die Elternvertretung am Anfang seines bereits zitierten Briefes aus dem Jahr 1958, dass er den Verlauf eines früheren Gesprächs mit dem Stadtrat Zylka, zu einem möglichen Neubau der Schule, aber auch zu Gerüchten über eine vorgesehene Auflösung der Schule bestätigt wissen will und die besprochenen Themen noch einmal zusammenfassen möchte. Er nutzt die Frage zu Gerüchten über eine vorgesehene Auflösung der Schule, um auf die an der B.v.S. untergebrachten Ostklassen einzugehen. Der Stadtrat hatte den Vorsitzenden des Elternausschusses davon in Kenntnis gesetzt, „daß man höheren Ortes plane, die Ostklassen von unserer Schule wegzunehmen“. Nach anfänglichen Vorbehalten gegenüber den Ostschülern nimmt er als Elternvertreter eindeutig Stellung für die Ostklassen an der Bertha-von-Suttner Oberschule.⁷¹ Er befürwortet weiterhin eine Schule, in der auch Ostschüler einen Platz haben und betont, dass die Beziehungen zwischen West- und Ostschülern sehr gut seien. Die Ostschüler seien in die Schulgemeinschaft aufgenommen worden und seien nun Teil der Schule wie jeder andere Schüler auch. Weiterhin argumentiert er, dass die Eltern der Ostschüler ihre Kinder schweren Herzens in den Westen gegeben hätten und sich der Sache sicher gewesen seien, dass sie hier gut untergebracht seien.⁷² Die Westschüler boten ihren Nachbarn aus dem Osten eine neue Heimat. Auch aufgrund der schwierigen Umstände wuchsen Ost- und Westschüler zusammen.

In den darauffolgenden Tagen verfasst Otto Stirnemann weitere Schreiben an Personen, die in dieser Sache Einfluss haben. Darunter an den Oberschulrat und an einen Regierungsrat beim Senator für Finanzen. In einem Brief an den Oberschulrat betont er zudem, dass er als Vorsitzender des Elternausschusses auch die Interessen der Eltern der Ostschüler zu vertreten habe. Für die Verfasser ist dies ein Indiz, dass er damit weiter eine Nachbarschaft plant, die sich von seinen Standpunkt aus in vielen Bereichen zu einer gelebten Nachbarschaft entwickelt hat. Verdeutlicht wird dies auch durch die Bitte an die Schulbehörde, den wertenden Begriff „Ostschüler“ durch „Gastschüler“ zu ersetzen.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Im Jahr 1958 war im Gespräch die Ostklassen von der Bertha-von-Suttner Oberschule zu entfernen und in externen Gebäuden unterzubringen. Stattdessen sollten Westschüler aus dem Friedrich-Engels-Gymnasium die Plätze der Ostschüler einnehmen.

⁷² Vgl. LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 14.06.58.

Dennoch bliebe ein Vorschieben der Ostschüler durch die Eltern möglich, um die eigene Schule zu retten. Die Lehrerschaft und der Schulleiter waren jedoch ein sehr engagiertes, politisches Kollegium und sie unterstützten die Ostschüler.⁷³ Allerdings waren die Ostschüler nach den Schilderungen unserer Zeitzeugin eine willkommene Möglichkeit für die Schulleitung [!], sie gegen die Schulschließung anzuführen.⁷⁴

Eine weitere wichtige Zäsur war der Mauerbau. Dieses Ereignis stärkte den Zusammenhalt und löste großes Mitgefühl aus. Vielen Ostschülern war nun der tägliche Gang zur Schule nicht mehr möglich. Andere steckten in West-Berlin fest und hatten kein festes zu Hause mehr. Dieses Ereignis stärkte den Zusammenhalt enorm. Inzwischen nahmen sich Familien elternloser Ostschüler an, boten ihnen ein Heim und versuchten, sie in die Familie einzugliedern. Zudem wurde zu Spendenaktionen aufgerufen, um den Ostschülern zum Beispiel warme Kleidung für den Winter zu besorgen.

Die Verfasser neigen zu der Auffassung, dass sich die Elternschaft der Bertha-von-Suttner Oberschule aufrichtig für die Ostschüler an ihrer Schule eingesetzt hat. Ein Indiz ist jenes Schreiben des Vorsitzenden des Elternausschusses, Otto Stirnemann, an den Senator für Finanzen⁷⁵, in welchem er ausführlich und ausschließlich zu den „Ostklassen an der Bertha-von Suttner Schule“ [!] Stellung nimmt.⁷⁶

Die Bertha-von-Suttner Oberschule war von großer Bedeutung bei der Entwicklung der Ostklassen. Sie stellte 1956 knapp 25% nämlich 7 von 29 aller Ostklassen in Berlin. Demnach könnten die Eltern auch die Bedeutung der Bertha-von-Suttner Oberschule gesehen haben. Daraus könnte man ableiten, dass sich auch deshalb die Initiative der Eltern zur Unterstützung der Ostschüler entwickelt hat.

⁷³ Zeitzeugengespräch, Mitschrift, Februar 2013 mit Frau Karin Albert.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung 09.07.58.

⁷⁶ Demgegenüber könnte für die These eines inszenierten Nachbarschaftsengagements der Eltern für die Ostklassen das Schreiben Stirnemanns an den Reinickendorfer Bezirksstadtrat Zylka vom 14.06.58 angeführt werden. In diesem zweieinhalb-seitigen Schreiben, in welchem sich Herr Stirnemann auf ein Gespräch mit jenem Bezirksstadtrat bezog, stellt er zwei Fragen in den Mittelpunkt, die nichts mit den Ostschülern zu tun haben. Im weiteren Verlauf geht er jedoch in Zusammenhang mit der Frage nach einer möglichen Schließung ausführlich auf die Ostschüler ein. In einem späteren Brief an den Oberschulrat überreicht er diesem die Abschrift des Briefes an den Bezirksstadtrat, allerdings diesmal mit dem Hinweis, dass in dem Brief die Frage nach den Ostklassen thematisiert wird.

V. FAZIT

In dieser Wettbewerbsarbeit galt es zu untersuchen, ob es sich bei den Ostklassen von 1950 bis 1961 um eine geplante Nachbarschaft handelt und wie sich diese im Verlauf der Zeit in Wirklichkeit entwickelte. Dazu haben die Verfasser verschiedene Quellen und Literatur durchgelesen und im Hinblick auf ihre Fragestellung analysiert.

Für die Arbeitshypothese spricht der 1. Unterpunkt in der Einführung. Dort wird deutlich, dass das Einrichten der Ostklassen politisch motiviert war und dass der West-Berliner Senat auch im Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung gehandelt hat, um das westliche ideologische System durchzusetzen. Die Motive zur Planung dieser Nachbarschaft – die Beschulung der Ostschüler an West-Berliner Schulen – sind daher auf der nationalen Ebene⁷⁷ anzuordnen. Die Beschulung von Schülern, die häufig in Elternhäusern aufwuchsen, die dem östlichen System ideologisch fern standen, und die darüber hinaus gute bis sehr gute Leistungen zeigten, stellte eine Auslese dar. Diese Auslese diente direkt der Stärkung des Westens durch die Qualifizierung der jungen Menschen. Darüber hinaus bot die Förderung dieser (Ost-)Schüler die Möglichkeit, westlich geprägte und ausgebildete Arbeitskräfte für den möglichen Zeitpunkt einer Wiedervereinigung in größerem Maße zur Verfügung zu haben. Die so ausgebildeten Ost-Schüler hätten dann auch (aus westlicher Sicht) geeigneter an politisch entscheidenden Stellen eingesetzt werden können.

Die Ergebnisse der Durchführung dieser Maßnahme sprechen ebenfalls für diese Arbeitshypothese. Hier kommen die Verfasser zu dem Schluss, dass die Bevölkerung von der Einrichtung solcher Ostklassen zunächst nicht begeistert war. Doch im weiteren Verlauf wurden die Ostschüler von der Bevölkerung akzeptiert. Ähnlich verlief es bei den Eltern der Bertha-von-Suttner Oberschule. Sie hatten zu Beginn der Einrichtung noch Zweifel und sogar Angst, dass sich die Einrichtung solcher Klassen zu Ungunsten ihrer Kinder auswirken könnte. Doch auch hier wichen die anfänglichen Zweifel aufrichtiger Hilfe. So kam es zu Spendenaktionen und Patenschaften für die Ostschüler und der Vor-

⁷⁷ Politisch bedeutsam war bei den Entscheidungen natürlich die stadtpolitische Ebene durch den Senat. Die Auswirkungen waren allerdings auf der nationalen Ebene angedacht. Würde man sogar noch betrachten, dass die beiden deutschen Staaten in die jeweiligen politischen Blöcke eingebunden waren, so stellt man fest, dass für den Senat auch die internationale Ebene in Ansätzen mitgedacht wurde.

sitzende des Elternrates unserer Schule machte deutlich, dass sich eine enge Beziehung zwischen Ost- und Westschülern entwickelt habe.

Gegen die Arbeitshypothese spricht die Überlegung, dass Herr Stirnemann und mit ihm die Elternvertretung der Schule, die Ostschüler benutzte, um einer möglichen Schließung der Schule vorzubeugen. Allerdings konnte man dies nur zwischen den Zeilen lesen und es gab keine eindeutigen Quellen als Beleg für diese These. Wären die Ostschüler zum Ende der 1950er Jahre außerdem in West-Berlin weiterhin so kritisch betrachtet worden wie zu Beginn – als der Senat sogar seine Hilfsleistungen für diese Schüler nicht offen verbreiten wollte – so wäre es unvorstellbar, dass die West-Berliner Elternschaft mit den dargelegten Begründungen der ans Herz gewachsenen Ost- / „Gastschüler“ den Versuch unternommen hätte, die Schule ihrer Kinder zu retten. Diese Begründungen hätten als vorgeschoben erkannt werden müssen.

Die Verfasser sehen ihre Arbeitshypothese damit als belegt an. Die Einrichtung der Ostklassen war eine vom Senat geplante Nachbarschaft, die sich jedoch im Laufe der Zeit durch die Bevölkerung zu einer gelebten Nachbarschaft der Menschen in West-Berlin entwickelte. Wenn auch viele der damaligen Ost-Schüler nicht mehr ausschließlich für den Aufbau nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 eingesetzt werden mussten, da das Ende der deutschen Teilung lange auf sich warten ließ, so bildeten sie allein durch ihre Identität und ihren Lebenslauf einen Stachel in West-Berlin und in der Bundesrepublik. Sie hielten damit auf der politischen Ebene ganz persönlich lebendig, dass die Deutsche Frage bis 1990 ungelöst blieb. In ihrer Familiengeschichte lebt allerdings auch die Botschaft der Solidarität und der Freiheit weiter: Schulen sollen dafür da sein, dass die Schüler ihren eigenen Lebensweg gehen können. Eine Einschränkung oder Behinderung auf Grund der politischen Überzeugung gehört heute in Deutschland erfreulicher Weise der Vergangenheit an.

VI. ARBEITSBERICHT (REFLEXION DER ERFAHRUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM FORSCHUNGSPROJEKT)

Das erste Mal sind wir mit dem Thema Ostklassen in Kontakt gekommen, als vor etwa anderthalb Jahren einige Zeitzeugen in unsere Schule kamen und uns ihre Geschichten im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Mauerbaus erzählten. Sie haben uns berichtet, dass sie alle Schüler unserer Schule gewesen seien, doch nicht aus West-Berlin, - wo unsere Schule liegt und wie es damals üblich war, - sondern aus Ost-Berlin. Das war für uns Schüler schwer vorstellbar, denn im Unterricht wird das damalige Verhältnis zwischen dem Ost- und dem Westteil der Stadt und den Blöcken als sehr schlecht und konfrontativ dargestellt. Doch diese Zeitzeugen gehörten zu den damals so genannten Ostklassen unserer Schule. Im Zentrum der Zeitzeugengespräche stand damals die Übersiedlung nach West-Berlin und die Auswirkungen auf die Schullaufbahn der Schüler durch den Mauerbau vom 13. August 1961.

Als dann letztes Jahr das Thema des Geschichtswettbewerbs bekanntgegeben wurde, haben wir lange Zeit überlegt und gesucht, was denn ein geeignetes Thema für uns sein könnte. Schnell wurde uns bei der Vorstellung des Themas durch unsere Lehrer und die Archivarin Frau Rothschenk im Landesarchiv Berlin klar, dass man in Berlin eine Reihe von Themen findet, welche im Zeitraum des 20. Jahrhunderts einzuordnen sind und zum Wettbewerbsthema passen könnten – wie zum Beispiel die Deutsch-Französische Nachbarschaft am Beispiel der Alliierten in Berlin. Das 20. Jahrhundert war für uns beide als Zeitraum schnell klar, weil wir unterschiedliche Interessen unter einen Hut bekommen mussten. Max war mehr am Geschichtlichen interessiert, während Jannik eher das Politische reizte. Doch alle zuvor genannten Themen waren uns zu unpersönlich und hatten wenig mit uns zu tun. Deshalb suchten wir weiter bis wir beim Ausleihen eines Buches für den Deutschunterricht in der Schulbibliothek durch Zufall über das Buch der Zeitzeugen stolperten, das sie anlässlich ihres 50jährigen Abiturs geschrieben hatten.⁷⁸ Zunächst war die Motivation groß, weil wir glaubten nun – endlich! – ein Thema gefunden zu haben, was uns interessierte. Um zu klären, ob es zu diesem Thema überhaupt Material gibt, sind wir zu Frau Rothschenk ins Landesarchiv Berlin gefahren und haben sie gefragt,

⁷⁸ Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrganges 1961 der Bertha-von-Suttner-Oberschule in Berlin-Reinickendorf: Immer auf der Hut. Ost-Schüler in Westberlin. Als die Mauer dazwischen kam, Berlin 2011.

ob Quellen über „Ostklassen“ existieren. Als sie uns das nach Recherchen bestätigte, war die Erleichterung groß. Damit war unser Thema gefunden.

Die erste große Demotivation ließ allerdings nicht lange auf sich warten. Als wir das erste Mal die Aktenberge des Berliner Senats durchschauten. In den Akten wirkte das Thema plötzlich langweilig und auf den ersten Blick gab es nicht viel herauszufinden. Des Weiteren war es schwierig, sich mit den teilweise komplizierten Formulierungen der Beamten auseinanderzusetzen. Außerdem hatten wir an Vieles zu denken und mussten viele Sachen an einem Tag machen. Oft wussten wir nicht, womit wir anfangen sollten. Doch wir konnten uns jedes Mal wieder auf's Neue motivieren, auch im Hinblick darauf, dass wir uns entschlossen hatten, den Wettbewerbsbeitrag im Anschluss auch für unsere MSA-Präsentation zu verwenden

Nach dem ersten Quelleneinstieg hieß es nun also sich durchzukämpfen. Als Nächstes mussten die Quellen studiert und ausgewertet werden und nach brauchbaren Informationen geforscht werden, was einige Nachmittage im Archiv in Anspruch nahm. Dieses war mit Abstand der anstrengendste Teil der Arbeit, denn so viele Akten zu lesen war sehr kräftezehrend. Informationen, die wir gerade noch vor uns hatten, haben wir im nächsten Augenblick nicht mehr wiedergefunden. Aber nicht nur die Masse bereitete uns Sorgen, sondern auch die ungewöhnlichen Formulierungen und Abkürzungen, in den uns bis dahin unbekanntem Verwaltungsakten, machten uns Probleme. Um einen groben Überblick über die Informationen zu erhalten, haben wir einen Zeitstrahl angelegt und zu Beginn einer Akte immer den Inhalt zusammengefasst. Die Sicherung der Erkenntnisse haben wir mit Hilfe von Kopien, Notizen und Markierungen festgehalten. Des Weiteren haben wir unsere Informationen in Tabellen bestimmten Kategorien zugeordnet.

Um an Fachliteratur zu kommen, sind wir mit unserem Klassenlehrer, der zugleich unser Tutor in dem Wettbewerb war, zur Zentral- und Landesbibliothek Berlin gefahren und haben unsere Recherchen fortgesetzt und alles zusammengetragen. Dazu sind wir an ein Regal für einen bestimmten Zeitabschnitt gegangen und haben nach Büchern zum Hintergrundwissen gesucht. Dabei wurde uns klar, wie lange wir schon nicht mehr in einer Bibliothek waren, unsere Bibliotheksausweise waren schon abgelaufen und wir mussten uns erst neue erstellen lassen. Diese Arbeit im Archiv und der Bibliothek war für uns ei-

nerseits interessant, neues Wissen auf anderem Wege anzuhäufen, aber andererseits auch sehr ermüdend und mit der Zeit auch langweilig. Die Akten aus dem Archiv waren auch ganz neue Quellen, die wir zum ersten Mal nutzten. Denn wenn man heute in der Schule die Aufgabe bekommt, einen Vortrag zu schreiben, sucht man als Erstes nach Quellen im Internet, doch bei dieser Arbeit war das Internet als Quelle nicht so nützlich. Unser Verständnis von Recherche von Literatur würden wir heute als umfangreicher bezeichnen. Es wurden uns größere Möglichkeiten zur Recherche aufgezeigt, wie zum Beispiel das Nachschlagen in Quellen und Zeitungen aus einem Archiv.

Mit dem Ende der grundlegenden Recherchen fing die Arbeit aber erst richtig an. Wir verbrachten viel Zeit im Archiv - doch jetzt zum Schreiben. Am Anfang hatten wir einige Probleme. Obwohl wir eine Gliederung und einen Titel mit Fragestellung hatten, wussten wir nicht genau, wie wir anfangen sollten. Wir saßen vor einem leeren Blatt Papier und wollten voller Tatendrang loslegen, hatten jedoch das Gefühl, dass wir nach einer halben Seite bereits alles geschrieben haben. Erst im Laufe der Zeit und nach einigen Gesprächen mit Herrn Koch wurde uns klarer, wie wir besser an die Sache heran gehen können. Bis jetzt mussten wir noch nie eine Arbeit in dieser Größenordnung schreiben, was eine komplett neue, gewinnbringende, aber auch ernüchternde Erfahrung für uns war. Es ist wichtig, dies vor der Oberstufe zu machen, damit man schon Übung hat und die oben genannten Probleme nicht unter Zeitdruck während einer Klausur hat. Auch das vielfache Überarbeiten von Texten hat bis jetzt in unserem Schulalltag keine wichtige Rolle gespielt. Wir hatten, wie die meisten Schüler, die zum ersten Mal an einem solchen Wettbewerb teilnehmen, unsere Hoch- und Tiefpunkte, doch der stetige Wissensfortschritt, über den man sogleich stolz und froh ist und der Zeitdruck der näher kommenden Prüfungen⁷⁹ halfen uns, immer weiter zu arbeiten.

Wir haben Einiges gelernt, was wir in der Zukunft nutzen werden, wie zum Beispiel das Wissen, dass Nachbarschaft mehr ist als die Leute, die ein Haus weiter wohnen. Nachbarn können auch andere Städte oder Staaten sein. Hinter einem Wort, was man häufig benutzt, kann so viel mehr stecken. Des Weiteren hat uns die ganze Arbeit geholfen, einen besseren Einblick in die Verhältnisse zwischen Ost und West zu bekommen. Wir

⁷⁹ Wir haben uns entschlossen das Thema der Ostklassen gleichzeitig als Präsentationsprüfung ins MSA einzubringen.

konnten besser nachvollziehen, was für Spannungen zwischen den beiden Blöcken herrschten und wie man mit der jeweiligen anderen Seite umgegangen ist. Wir haben auch viele verschiedene methodische Schritte zum Aufbau einer so großen Arbeit gelernt.

Ein großer Dank geht an Frau Rothschenk, die uns beim Heraussuchen der Quellen und bei der richtigen Zitierweise half. Außerdem einen großen Dank an Herrn Koch, der uns bei vielen Treffen den roten Faden aufzeigte, uns bei der methodischen Herangehensweise und beim Korrekturlesen unterstützte.

VII. ANHANG

A. Literaturverzeichnis

Conradt, Sylvia u.a.: *Reichstrümmerstadt. Nachkriegsleben in Berlin*, Darmstadt 1987

Handro, Saskia: *Auch Nachbarschaft hat Geschichte. Saskia Handro über den historischen Wandel des Miteinanders, Nebeneinanders und Gegeneinanders von Nachbarn*, in: spurensuchen. Der neue Wettbewerb: Vertraute Fremde (26/2012), S. 19 – 22

Lehmann, Hans Georg: *Deutschland-Chronik 1945 bis 1995*, Bonn 1996

Werkentin, Falco: *Warum rebellieren Menschen. Hinweise zur Vorgeschichte des 17.Juni 1953* in: Jan Foitzik u.a. (Hg.), *Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen*, Berlin, Potsdam 2004 S. 37 – 52

Wetzlaugk, Udo: *Die Alliierten in Berlin*, Berlin 1988

Wilke, Manfred: *Der Weg zur Mauer*, Berlin 2011

Ulrich, Horst u.a. (Redaktion) : *Berlin Handbuch. Das Lexikon der Bundeshauptstadt Berlin* 1992

B. Quellenverzeichnis

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport, Nr. 62, Sonderlehrgänge für Abiturienten aus der sowjetischen Besatzungszone, 1954-1956

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport, Nr. 63, Sonderlehrgänge für Abiturienten aus der sowjetischen Besatzungszone, 1954-1956

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Sonderlehrgänge für Abiturienten]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport, Nr. 68, Vorläufiger Geschäftsverteilungsplan der Abteilung II (Schulen) und Umorganisation der Senatsverwaltung für Volksbildung, 1953

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Geschäftsverteilungsplan]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport, Nr. 227, Kriegsfolgenhilfe für Ostschüler, 1953-1954

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Kriegsfolgenhilfe]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport,

Nr. 228, *Heime für Ostschüler und –studenten, 1954-1956*

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Heime]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport,

Nr. 229, *Spende für den Bau eines Ostschülerheimes, 1955-1956*

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Ostschülerheim-Bau]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport,

Nr. 471, *Integration von Flüchtlingen und „Ostschülern“, 1952-1957*

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Ostschüler-Integration]

Landesarchiv Berlin, B Rep 015: Senatsverwaltung für Schule, Beruf, Bildung und Sport,

Nr. 578, *Einrichtung von Aufbauklassen für Schüler aus dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, 1955-1968*

[Zitiert als: LAB, Senatsverwaltung: Aufbauklassen-Einrichtung]

Landesarchiv Berlin, C Rep. 120: Magistrat von Berlin, Abteilung Volksbildung,

Nr. 2328, *Schulbesuch von Schülern des sowjetischen Sektors in West-Berlin, 1950-1955*

[Zitiert als: LAB, Magistrat: Schulbesuch in West-Berlin]

C. Online-Portale / -Materialien

Der Spiegel: *Russisch als Pflichtfach*, in: Der Spiegel Nr. 47 (1954),

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-28957862.html>

[Stand:25.02.2013].

Münkler, Herfried: *Über Nachbarschaft. Der Nutzen und Nachteil von Partnerschaft, Mitgliedschaft und Freundschaft*,

<http://www.eurozine.com/articles/2011-03-09-munkler-de.html>

[Stand: 25.02.2013].

D. Material zur Wettbewerbsarbeit

Vbildg II b D 1

305

VfG.

- 1) An das
Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
s.Hd.d.Herrn Dr. B [REDACTED]

B e r l i n W 15
Bundesallee 215-218

Sehr geehrter Herr Dr. B [REDACTED] !

Ihrem Wunsche entsprechend übersende ich Ihnen eine Schilderung der Lage der Ostabiturienten, die in Westberlin das 13. Schuljahr absolvieren wollen.

Ihre Ausstellung "Das Schulbuch in der Sowjetzone" hat wohl jedem Besucher erschreckend zum Bewußtsein gebracht, in welcher Gefahr die Schüler und Schülerinnen dort schweben. Was geschieht von unserer Seite, um ein Gegengewicht zu schaffen? Kann überhaupt etwas geschehen?

Wir tun schon etwas in dieser Richtung:

- 1) Wir übernehmen seit einiger Zeit Kinder aus dem Osten, die aus politischen Gründen nicht zum Besuch der Oberschule (Beginn mit Klasse 9) zugelassen werden. Ab 18. August 1954 s.B. richtete ich 5 neunte Ostklassen mit zusammen 200 Schülern und Schülerinnen ein. Wir haben allerdings immer Schwierigkeiten, die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.
- 2) Es melden sich in jedem Sommer Ostabiturienten bei uns, die an der Freien Universität Berlin studieren möchten, um dem Zwang in der sowjetisch besetzten Zone zu entgehen. Sie müssen bei uns ein 13. Schuljahr absolvieren, um ein vollgültiges Reifezeugnis zu erlangen. Im vorigen Sommer nahmen wir 500 solcher Ostabiturienten auf, jetzt haben sich schon wieder über 700 gemeldet, die wir beschulen müssen.

Ich brauche nicht näher auszuführen, daß es sich hier um ein Politikum 1. Ordnung handelt, um eine Waffe gegen die Sowjetisierung wertvoller Menschen.

Aus Gründen der Sparsamkeit wurden diese Bewerber bisher in 12. Klassen der Oberschulen Wissenschaftlichen Zweiges eingewiesen, wo sie weiter beschult wurden. Dieses Verfahren ist pädagogisch nicht zu verantworten. Die Einweisung kann wegen der Verschiedenheit des Beginns der Schuljahre in Ost und West nur mitten im Schuljahr erfolgen. Ferner stimmen die Lehrpläne natürlich absolut nicht überein. Die Beschaffung von Lehrbüchern macht Schwierigkeiten. Die Folge dieser Einspannung in ein Prokrustesbett ist, daß über die Hälfte nicht zur Ablegung der Ergänzungsprüfung zugelassen werden kann. Somit stellt diese Methode nur eine sehr unvollkommene Lösung des Problems dar.

Der einzig richtige Weg ist die Einrichtung besonderer 15. Ostklassen. Hier kann mit Hilfe einer auf die mitgebrachte Vorbildung Rücksicht nehmenden Studentafel und ziemlich homogenen Klassen weit mehr erreicht werden. Allerdings kostet dieser Weg Geld, ca. 330.000.-- DM. Ob Berlin diese Mittel bewilligen wird, erscheint mir noch zweifelhaft bei der prekären Finanzlage. Ich bin allerdings der Ansicht, daß es sich hier um eine wichtige Mission handelt und daß diese Ausgabe eine gute Kapitalanlage bedeuten würde.

Es handelt sich doch hier offensichtlich um eine Aufgabe, die über die Zuständigkeit Berlins hinausgeht. Es ist allerdings schon sehr dankenswert, daß die monatlichen Unterstützungen für diese Schüler und Schülerinnen (bis 88.-- DM) aus Mitteln der Kriegsfolgenhilfe gewährt werden. Die 330.000.-- DM sind für Lehrerhonorare und Nebenausgaben (Schulhausmeister, Schreibhilfen, Heizung, Hausreinigung etc.) erforderlich. Hilfe tut dringend not. S.O.S.

- 2) Wv. 30.8. (Antwort)
(Antwort nicht erfolgt)
- 3) Z.d.A. 15.9.

Bln-Charlottenburg, den 10. 8. 1954
Der Senator für Volksbildung
Abt. II (Schulen)
I.A.

3

0

B e r i c h t

Über
den Besuch im Schülerheim Egmont, Waidmannslust,
Oranienstr. 28

Das Schülerheim Egmont wurde am 7. d. M. besucht und besichtigt.

Das Heim untersteht dem Deutschen Roten Kreuz, es ist zur Aufnahme von ca. 40 Ostschülern vorgesehen, die bereits in der Ostzone ihr Abitur gemacht haben, jetzt die Schule besuchen und im Juli n. J. an der Goethe-Schule oder Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg noch einmal ihr Abitur machen müssen, um dann hier studieren zu können.

Leiter des Heimes ist Schwester Charlotte S. [REDACTED], die auch zugleich die Leitung des Kinderheims "Dachsbau" in Frohnau hat. Ihr Vertreter, Herr K. [REDACTED], gab an, daß Schwester Charlotte durchschnittlich wöchentlich nur zwei Mal mit herankommen könnte, da sie im Grunde voll von der Arbeit im Kinderheim "Dachsbau" beansprucht wäre. Außer Herrn K. [REDACTED] arbeiten 2 Schwestern ständig im Schülerheim.

Die Schüler wohnen im Heim, bekommen volle Verpflegung, ihr Fahr- geld, Instandhaltung ihrer Wäsche und Kleidung und mtl. DM 10,- Taschengeld. Das Mittagessen wird im Hause gekocht.

Bei den vielen Heimbesuchen, die wir im Laufe der Jahre gemacht haben, haben wir noch nie ein äußerlich so stark verwahrlostes Heim vorgefunden wie dieses. Der Ausdruck: "als ob die Vandalen gehaust hätten", bezeichnet am besten die Zustände. Dem äußeren Eindruck entsprechen die Formen, in denen sich das Leben dort abspielt. Man hat den Eindruck, daß sich eine Horde junger Leute zusammengefunden hätte, die vom Osten in den Westen übergegangen ist, nicht aus politischen Gründen oder um irgendwelcher Ideale willen, sondern um hier ein Land zu finden, in dem sie ohne jede Leistung ein üppiges und ungebundenes Leben führen können. Daß diese jungen Leute bereits ein Abitur gemacht haben und einmal studieren wollen, ist kaum zu fassen. Es existiert eine Hausordnung, nach der sich niemand richtet. Die Hausordnung besagt z. B., daß bis spätestens 9 Uhr morgens das Frühstück ausgegeben wird. Zwischen 1/2 10 bis 10 Uhr, als wir durch die Zimmer gingen, waren einige Zimmer, die je von 5 oder 6 Schülern bewohnt sind, etwa die Hälfte verschlossen, weil alle noch schliefen. In den anderen Zimmern waren einer oder zwei beim Aufstehen, die anderen schliefen noch. Die Zimmer sahen skandalmäßig aus. Nach dem Bericht von Herrn K. [REDACTED] ist nachts vor 12 bis 1 Uhr keine Ruhe zu schaffen. Die Jungen haben bis spätestens 7 Uhr abends Schule und könnten zwischen 1/2 9 bis 9.00 Uhr ohne Schwierigkeiten zurück sein. Das Ordnungsbuch zeigt, daß die Jungen zu jeder Nachtzeit kommen. In ihren Zimmern gerätören sie mutwillig die Möbel, vor allem die Stühle, sie randalieren und belästigen Nachbarn. Kürzlich hat einer Messer und Gabeln und Edgeschirr mutwillig zerbrochen und Nachbarn durchs Fenster geworfen. Beiliegende Meldung vom 1.12.54 gibt ein Bild von den Zuständen. Kürzlich mußte Herr K. [REDACTED], weil er sich nicht anders zu helfen wußte, das Überfall-Kommando alarmieren.

Zum 1. Januar haben 21 Schüler gekündigt und wollen in ein möbliertes Zimmer ziehen. Die anständigsten Jungen sind schon fortgezogen, weil sie zum Arbeiten nicht kamen. Selbst in den Aufenthaltsräumen, bzw. Arbeitszimmern, sind mutwillig Gardinen heruntergerissen und Stühle zerbrochen.

Als einige Schüler merkten, daß wir vom Jugendamt kommen, baten sie um eine Unterradung. Es ergab sich von selbst, daß wir mit etwa 10 jungen Leuten ins Gespräch kamen. Sie gaben unumwunden zu, daß die Zustände unhaltbar wären, meinten aber, daß sie wohl einen großen Teil der Schuld, aber nicht die Schuld allein trügen. Sie wären voller Hoffnung hergekommen und schwer enttäuscht worden. Wo die Enttäuschung zu suchen ist, konnte keiner der jungen Leute erklären. Einige fingen an, über das Essen zu klagen, sie bekämen zu wenig Brot. Wir hatten vorher aber in der Küche gesehen, daß für jeden Schüler ausreichend Brot, ein großes Stück gute Butter und Marmelade vorhanden waren. Sie hatten sich das Frühstück nicht geholt, weil sie vorzogen, in den Tag hineinzuschlafen. Wer um 10 Uhr sich das Frühstück holte, bekam es trotzdem noch.

Wenn nicht das ganze Schülerheim auf dem schnellsten Wege aufgelöst werden soll, sind u.E. zunächst folgende Maßnahmen zur Abstellung der Mißstände nötig:

- 1.) Einsetzen einer vollamtlichen und verantwortlichen Leitung, und zwar müßte diese Leitung in einem Menschen bestehen, der die Fähigkeiten hat, mit halberwachsenen und nicht unintelligenten jungen Menschen umzugehen.
- 2.) Dann müßten wahrscheinlich einige der Hauptangeber herausgesetzt werden. Als solche werden benannt:
 1. A [REDACTED], Gerd, geb. [REDACTED], wohnhaft Roslau, [REDACTED]
Vater Arzt
 2. K [REDACTED], Werner, geb. [REDACTED], wohnhaft Roslau, [REDACTED]
Vater Arzt
 3. H [REDACTED], Roland, geb. [REDACTED], wohnhaft Leipzig, [REDACTED]
[REDACTED]
- 3.) Dringend wünschenswert scheint uns eine Kontrolle, vielleicht zwischen 11 und 12 Uhr nachts.
- 4.) Dem Wunsche der Schüler entsprechend, wird eine ausführliche Aussprache zwischen ihnen und Vertretern des Jugendamtes vorgeschlagen. Den jungen Menschen muß klargemacht werden, daß sie hier ihre Abwehr- und Oppositionsstellung nicht mehr nötig haben, daß sie andererseits aber auch hier ihr Recht auf Leben und Lernen nur durch redliches Arbeiten und anständiges Benehmen erwerben müssen.

Reinickendorf, den 7.12.54
I.A.

L [REDACTED], K [REDACTED]

Otto S [REDACTED]
Berlin-Reinickendorf-West
[REDACTED]

Vorsitzender des Eltern-Ausschusses
der Bertha-von-Suttner-Schule

den 14. Juni 1958

Herrn
Stadtrat Z [REDACTED]
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
Berlin-Reinickendorf
Eicborndamm 219-235

Betr.: Mein Besuch am 11.6.58.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Z [REDACTED],

ich möchte nicht versäumen, Ihnen nachträglich sehr herzlich dafür zu danken, daß Sie mir am 11.6.58 Gelegenheit zu einer ausführlichen Unterhaltung gegeben haben.

Wegen der Wichtigkeit der zwischen uns besprochenen Probleme darf ich den Verlauf unserer Rücksprache wie folgt bestätigen:

Im Auftrage der von mir vertretenen Elternschaft hatte ich Ihnen 2 grundsätzliche Fragen vorzulegen:

1. Wie steht es mit dem Neubau der B.v.S.-Schule?
2. Worauf stützt sich das Gerücht über eine vorgesehene Auflösung der B.v.S.-Schule?

Zu Frage 1

Durch eine unsere Rücksprache vorangegangenen Unterhaltung mit Herrn S [REDACTED] von der Bauabteilung Reinickendorf am gleichen Tage hatte ich mich davon überzeugen können, daß an den Vorarbeiten unserer Schule mit Hochdruck gearbeitet wird. Es sitzen 4 Herren der Bauabteilung an der Bearbeitung der notwendigen Kostanschläge, die Mitte Juli 1958 fertig sein werden. Anschließend gehen diese Kostanschläge an das Hauptprüfungsamt des Senats Berlin, nach dessen Genehmigung der Kostanschläge wird der Finanzsenator die ersten Mittel anweisen. Nach Schätzung des Herrn S [REDACTED] dürfte mit den Ausschachtarbeiten nicht vor Oktober d.J. zu rechnen sein. Ursprünglich war der Baubeginn für April d.J. vorgesehen. Sie stimmten mit mir darüber überein, daß der jetzt genannte Termin doch sehr spät sei und zeigten sich erfreulicherweise sofort bereit, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um eine Beschleunigung der Vorarbeiten zu erreichen.

Es steht jedoch bombenfest, daß die B.v.S.-Schule endlich nach 50 Jahren ihres Bestehens ein eigenes Schulgebäude bekommt.

Zu Frage 2

Sie, verehrter Herr Stadtrat, gaben mir die feste Zusicherung, daß zwar auch Ihnen das Gerücht über eine Auflösung unserer Schule zu Ohren gekommen sei, daß aber bei den offiziellen Besprechungen der in Frage kommenden Senatsdienststellen in Ihrer Gegenwart noch niemals über eine mögliche Auflösung unserer Schule gesprochen worden ist. Diese Tatsache beruhigte mich vorerst ungemein, wie ich nachträglich versichern darf.

Ich darf Ihnen aber zugleich die feste Zusicherung geben, daß sich die Elternschaft der B.v.S.-Schule niemals unter keinen Umständen mit einer Auflösung ihrer Schule einverstanden erklären wird.

Wir wollen nun endlich einmal Ruhe für das gesamte Schulwesen. Unsere Kinder haben durch den Krieg, die Nachkriegszeit und die Schulreformen so viel unruhige Zeiten in ihrer schulischen Ausbildung durchmachen müssen, daß nun damit endlich einmal Schluß gemacht werden muß. Der Herr Finanzsenator mag wegen einiger in Berlin zur Zeit leerstehender Schulräume seine Sorgen haben, er mag in der Statistik einige Zahlen über sinkende Geburtszahlen der kommenden Jahrgänge feststellen, aber wir Eltern haben auch unsere Sorgen, es geht um unsere Kinder, und die sind bei der Geschichte das Wichtigste. Sie, Herr Stadtrat, deuteten mir an, daß bei Besprechungen des Hauptschulamtes schon öfter darüber gesprochen wurde, daß wegen Rückganges der Geburtszahlen einiger Jahrgänge später an eine Zusammenlegung von Schulen gesprochen worden ist. Sie halten es jedoch für absurd ausgerechnet die B.v.S.-Schule, die im dichtest besiedelten Bezirk Reinickendorf läge, aufzulösen. Andere Schulen wären da eher für eine Auflösung reif.

Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs berührten wir dann das Problem der an der B.v.S.-Schule untergebrachten Ostklassen. Sie gaben mir davon Kenntnis, daß man höheren Ortes plane, die Ostklassen von unserer Schule wegzunehmen und geschlossen in einem frei gewordenen Gebäude eines anderen Statteils unterzubringen.

Hierüber habe ich mir nach unserer Unterhaltung sehr eigenhede Gedanken gemacht. Die B.v.S.-Schule hat s.Zt. die Ostklassen aufgenommen, als diese keine andere Schule haben wollte. Ehrlich gesagt haben wir Eltern der B.v.S.-Schule uns auch lange dagegen gestäubt, daß ein Fremdkörper in unsere Schule kommt und zwar in der Befürchtung, daß es zu Lasten unserer Kinder ginge. Nachträglich müßten wir Eltern uns geradezu schämen, daß wir auch nur ein Wort gegen die Aufnahme der Ostklassen verloren haben.

Die Ostklassen sind zu einem so festen Bestandteil unserer Schule geworden, daß wir sie uns bis zu einer Wiedervereinigung mit dem Osten unserer Heimat nicht wegdenken möchten. Schlicht gesagt ist die Bertha-von-Suttner-Schule durch die Ostklassen zu einem politischen Kulturzentrum unserer Vaterstadt geworden. Überlegen Sie doch bitte, daß die Eltern im Osten verständlicherweise ihre Kinder bangen Herzens nach West-Berlin gaben, weil sie befürchten mußten, daß ihnen von den Ostbehörden deswegen existenzbedrohende Schwierigkeiten gemacht werden würden. Viele Eltern haben inzwischen ihre Kinder an die B.v.S.-Schule gegeben, uns bisher ist alles gut gegangen. Das sprach sich drüben schnell herum, deshalb weiter der große Zulauf. Es wäre nach meiner Meinung völlig verfehlt, die Ostkinder irgendwo anders in der Stadt zu isolieren. Durch den entstehenden Wirbel könnten die Ostbehörden erst wieder aufmerksam werden, und es wäre sicher für sie eine Kleinigkeit, die Kinder künftig im Osten festzuhalten. Aus den ersten schüchternen Anfängen hat sich zwischen unseren und den Ostkindern eine so prächtige Zusammenarbeit entwickelt, die sich doch manch ein Herr aus dem Hauptschulamt einmal ansehen sollte. Wie enorm wichtig ist es doch, daß über unsere Kinder die zweifellos schon weit vorangetriebene Entfremdung zu der Bevölkerung im Osten beseitigt wird. An unserer Schule haben die Ostkinder nach politischer Bedrängnis an ihren früheren Schulen wieder eine Heimat gefunden. Warum will man ihnen diese jetzt wieder nehmen und sie irgendwo isolieren?

Als maßgeblicher Grund wird angegeben, daß die B.v.S.-Schule bis zum Neubau ihres Schulgebäudes noch durch Schichtunterricht belastet sei. Das hätte man eben rechtzeitig bei den Schulneubauten einplanen sollen! Immerhin sind seit 1952 in Reinickendorf 9 Schulneubauten entstanden, aber darunter eigentümlicherweise nicht eine OWZ. Aber wenn nun schon noch für einige Zeit Schichtunterricht, dann ist es doch wohl egal, ob davon 14 Klassen oder weitere 8 Ostklassen betroffen werden.

Wenn unsere Kinder bis zur Fertigstellung unseres Neubaus noch Schichtunterricht machen müssen, dann tun es unsere Ostkinder auch gern bis dahin. Warum fragt man denn nicht einmal diese Ostkinder bzw. ihre Eltern nach ihrer Meinung über diese Frage?

Denken Sie bitte auch an eminent wichtige Frage des Lehrpersonals. Bei einer Verlegung der Ostklassen würden diese doch ein völlig neues Lehrpersonal erhalten. Oder ist etwa geplant, einen Teil unseres Lehrkörpers mitzugeben?

Wie ich dieser Tage hörte, hat Ihnen unser Schulleiter, Herr Oberstudiendirektor Dr. I. [REDACTED] als Kompromißlösung zugestanden, daß vorläufig keine weiteren Ostklassen an der B.v.S.-Schule aufgenommen werden sollen. Diese Zusage liegt keineswegs im Sinne unserer Elternschaft, und wir sind mit dieser Entscheidung unseres Schulleiters durchaus nicht einverstanden.

Aus den oben erwähnten Gründen bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, bei Ihren Verhandlungen mit den maßgebenden Dienststellen doch die Meinung unserer Elternschaft zum Ausdruck ~~zu~~ bringen, zu wollen.

Die B.v.S.-Schule hat die Tradition übernommen, die Ostkinder zu betreuen, und wir möchten diese Tradition und die uns verpflichtende, schöne Aufgabe nicht durchbrochen wissen.

Abschließend darf ich bestätigen, sehr geehrter Herr Stadtrat 2 [REDACTED], wie sehr ich mich über Ihre Zusage gefreut habe, daß Sie immer bereit sind, allen Schulproblemen unserer Elternschaft weites Verständnis entgegenzubringen und eng mit uns zusammenarbeiten zum Wohle des Besten was wir haben:

Unsere Kinder!

In diesem Sinne empfehle ich mich Ihnen

mit freundlichen Grüßen

gez. S. [REDACTED]

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

LANDESVORSTAND GROSS-BERLIN

Abt. Staatliche Verwaltung

SED-Landesvorstand Groß-Berlin · Berlin W 8 · Behrenstraße 35-39

An den
Genossen Max K [redacted]
Abt. Volksbildung beim Magistrat
Berlin W 8
Mauerstraße 53

W.P. [redacted]
für [redacted] Aug 1950



Am Zeichen

Der Nachricht von

Unser Zeichen

Formel / Nummer
42 00 12

BERLIN W 8

Behrenstraße 35-39

15.8.1950

St/M.

Betreff

Werter Genosse !

Der Genosse W [redacted] hat, nachdem er einige Male darauf aufmerksam gemacht wurde, daß mehrere Hundert Kinder des Bezirks Treptow Schulen im Westsektor besuchen, durch die Fraktion den Auftrag bekommen, festzustellen, ob eine gesetzliche Regelung besteht und falls nicht eine solche zu schaffen, die die Kinder des Bezirks Treptow verpflichtet, die Schulen dieses Bezirks in Anspruch zu nehmen.

Bis heute ist eine solche Regelung noch nicht erfolgt; die Angelegenheit wird in Treptow aber immer brennender.

Wir bitten Dich deshalb, Dich um diese Frage schnellstens einmal zu kümmern und geordnete Verhältnisse herbeizuführen.

Mit sozialistischem Gruß

Landesvorstand Groß-Berlin
Abt. Staatliche Verwaltung

(S [redacted])

[redacted signature]

Franz [redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]

[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]

Postcheckkonto: Berlin 28 64 77

107

Maßnahmen für Ostschüler

In Berlin gibt es eine Anzahl von Schülern, die im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin oder in der sowjetisch besetzten Zone beheimatet sind (Ostschüler) und Westberliner Schulen besuchen. Infolge der verschärften politischen Maßnahmen der Sowjetionenregierung hat sich die Lage dieser Schüler wesentlich geändert.

Ausblicklicher Stand :

1. Schüler des 9.-12. Schuljahres

Nach den Rahmenvorschriften über die Gewährung von Währungsbeihilfen für Studierende und Schüler kann Schülern des 9.-12. Schuljahrs die ganz oder überwiegend auf Unterhaltung in M-Ost von seiten ihrer gesetzlichen unterhaltspflichtigen, im sowjetischen Besatzungsgebiet wohnenden Angehörigen angewiesen sind, unter bestimmten Voraussetzungen eine Währungsbeihilfe gewährt werden.

a) Schüler mit befristeter Zusagegenehmigung

Bei Ostschülern, die eine Zusagegenehmigung für die westliche Sektoren besitzen und in West-Berlin wohnen, beträgt die Währungsbeihilfe monatlich

- aa) wenn die Schüler das 16. Lebensjahr vollendet haben, 65,00 DM
- bb) bis zum 16. Lebensjahr bis zu 55,00 DM

Der 500,00 M-Ost übersteigende Betrag des monatlichen Netto-Einkommens der Schüler bzw. ihrer gesetzlich Unterhaltspflichtigen wird mit dem Durchschnittskurs der Ostmark des Monats auf die Währungsbeihilfe angerechnet.

b) Grenzfälle

Schüler, die in Ostsektor Berlins oder in den Randgebieten wohnen und täglich nach West-Berlin zur Schule fahren, können eine beschränkte Währungsbeihilfe von 5,00 DM monatlich erhalten, wenn der gesetzlich Unterhaltspflichtige ein monatliches Netto-Einkommen von nicht über 350,00 M-Ost hat.

2. Schüler vor dem 9. Schuljahr

Für Schüler des 1.-8. Schuljahres werden Währungsbeihilfen nicht gewährt.

Die vorstehend aufgeführten Maßnahmen gehen von der Voraussetzung aus, daß die im sowjetischen Besatzungsgebiet lebenden Eltern oder Unterhaltspflichtigen für ihre unterhaltberechtigten Kinder sorgen und die Währungsbeihilfe lediglich helfen soll, den infolge des Währungsgefälles gefährdeten Schulbesuch in West-Berlin sicherzustellen.

Durch die in letzter Zeit verschärften Zwangsmaßnahmen der Sowjet-senenregierung ist es den in sowjetischen Besatzungsgebiet wohnenden Eltern unmöglich, der Unterhaltspflicht gegenüber ihren in West-Berlin lebenden Kindern nachzukommen. Das Ostmark-Transferverbot macht eine finanzielle Unterstützung der Ostschüler unmöglich. Der Entzug der Lebensmittelkarten verhindert die Versorgung mit Sachver-ten (Lebensmittel und Kleidung). Die Registrierungsspflicht und der Entzug der Lebensmittelkarten zwingen schließlich die Grenzgänger, sich entweder für den Besuch einer östlichen Schule zu entscheiden oder nach West-Berlin überzusiedeln. Neuerdings können Ostschüler auch die Krankenhilfe der Ost-VAB als Familienversicherte nicht mehr in Anspruch nehmen.

Nach Meinung des Hauptjugendamtes sind Ostschüler nicht hilfbedürftig in Sinne der Fürsorgepflichtverordnung, da die Nahrungsbefehle erhalten. Auch in Krankheitsfällen liege Hilfbedürftigkeit nicht vor, weil Ostschüler als Familienangehörige bei der Ost-VAB versichert sind. Auf Grund der Richtlinien kann eine Hilfbedürftigkeit nur bei Personen anerkannt werden, die keiner Versicherung angehören. Daß für Ostschüler der Versicherungsschutz praktisch nicht wirksam werden kann, ist eine politische Frage. Aus diesem Grunde lehnt die Abteilung Jugend im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Sozialewesen die soziale Betreuung der Ostschüler ab.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die Nahrungsbefehle, die s.Bt. einzige Hilfsmaßnahme für Ostschüler, nicht mehr den Gegebenheiten entspricht und als völlig unzureichend angesehen werden muß.

Vorschläge zur Neuordnung der Hilfsmaßnahmen für Ostschüler

Um der veränderten Lage Rechnung zu tragen, erscheint uns eine grundlegende Neuordnung in der Betreuung der Ostschüler unumgänglich. Zur Überwindung der Not dieser Schüler regen wir nachstehende Maßnahmen an:

1. Ostschüler müßten im Wege des endgültigen Zuzugs aufgenommen werden.
Die befristete Zuzugsgenehmigung für die Dauer der Schulausbildung ist durch die Unmöglichkeit der Rückkehr der Ostschüler nach dem Osten illusorisch.
2. Die soziale Betreuung der Ostschüler müßte analog der Betreuung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen geregelt werden, d.h. mittellose Ostschülern ist der notwendige Lebensbedarf als Fürsorgeleistung zu gewähren.
Damit wären
 - a) Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Ernährung, Kleidung und Pflege,
 - b) Krankenhilfe und
 - c) Erziehung und Erwerbsbefähigung der Ostschüler sichergestellt.
3. Mit der sozialen Betreuung der Ostschüler müßten betraut werden
 - a) die Abteilung Jugend für minderjährige Schüler,
 - b) die Abteilung Sozialwesen für volljährige Schüler.

103 *Hilli*

- 4. Die Zahlung einer Währungsbeihilfe wäre auf die Grenzgänger zu beschränken. Sie müßte die durch den Entzug der Lebensmittelkarten erhöhten Lebenshaltungskosten berücksichtigen. Die Zahl der Grenzgänger geht ständig zurück, da dies infolge der zunehmenden Schwierigkeiten sich vielfach um eine Zugugenehmigung in West-Berlin bemühen.
- 5. Der Schulbesuch der Ostschüler müßte durch Zahlung von Erziehungsbeihilfen sichergestellt werden.

- - - - -

An 1.9.1952 hatte Berlin rd. 8000 Ostschüler,
 davon 3 900 mit befristeter Zugugenehmigung (in West-Berlin
 wohnhaft)
 und 2 500 Grenzgänger aus dem sowjetisch besetzten Sektor
 1 600 " aus den Randgebieten
 = 4 100 Grenzgänger insgesamt.

Von diesen Schülern befinden sich in der 1.-8. Klasse rd. 1100 Ostschüler mit befristeter Zugugenehmigung und rd. 1300 Grenzgänger. Neue Zahlenangaben werden zum 15.5.1953 ermittelt.

- - - - -

Vbildg II o E 2
 (bisher HSchul VII/4c (A)
 App.355

Bln.-Charlottenburg, d.13.4.1953

An Vbildg II o A 2

Przy

Vorstehende Durchschrift wird zur gefl.Kennntnienahmeübersandt.

Im Auftrage

F [redacted]

Beglaubigt : [redacted]

Denkschrift zur Lage der Ostabiturienten

Die besonderen Probleme, die sich bisher in der Betreuung der Ostabiturienten abzeichneten und schon des öfteren Gegenstand von gemeinsamen Gesprächen waren, möchten wir noch einmal zusammenfassend vortragen, da wir der Meinung sind, dass diese einer Neuordnung bedürfen.

I.

- 1.) Die Wurzel allen Übels scheint die grosse Zahl der Ostabiturienten zu sein.
- 2.) Die Schule "erfüllt" die Ostabiturienten nicht. Das liegt vor allem daran, dass die Schulbehörde gezwungen ist, eine Reihe alter Lehrer einzustellen, die - trotz redlichen Bemühens - den tatsächlichen Bedürfnissen der Schüler nicht gerecht werden.
- 3.) Geeignete Unterkünfte sind nur noch vereinzelt zu beschaffen. Die Heime sind viel zu stark belegt und können nur in seltenen Fällen den Schülern eine Art "Heimatersatz" geben.
- 4.) Die Unzufriedenheit der Schüler in Berlin ist besonders in der Kenntnis begründet, dass
 - a.) die Ostabiturienten in Westdeutschland ein Semester früher mit dem Studium beginnen können
 - b.) diese mit Hilfe des Bundesausweises nach Hause fahren können
 - c.) sie nach bestandenen Abitur nach Westdeutschland gehen müssen, da
- 5.) Ostabiturienten an Berliner Hochschulen und Universitäten nur in ganz geringer Zahl immatrikuliert werden.

III.

Vorschläge:

- 1.) Die Zahl der Ostabiturienten sollte begrenzt werden.
- 2.) Der Unterricht sollte sich hauptsächlich auf moderne Literatur, Geschichte, Philosophie, Grundsatzfragen der Biologie, Wirtschaftskunde, Latein und eine moderne Fremdsprache konzentrieren.
- 3.) Heimunterkünfte (am besten in Wohnheimform) sind als geeignetste Unterbringung anzusehen, unter der Voraussetzung aber, dass die Heimleitungen auch zu individueller Betreuung in der Lage sind.
- 4.) Wir schlagen vor, den Sonderlehrgang jeweils im Februar zu beenden.
- 5.) Wir bitten, die Ostabiturienten über die Lage an den Berliner Hochschulen und Universitäten zu informieren und auch auf die Sonderlehrgänge in der Bundesrepublik zu verweisen.

J. [redacted]
(Pastor [redacted])
Schülerbetreuung
der evgl. Kirche

H. [redacted]
(Lic. S.E. S. [redacted])
Studentenparror

IIaB Stellungnahme zu 2, 4 u. 5.
der Vorschläge.
Zu 2.) diesem Vorschlag entsprechen
unsere Studientafeln.
Auf ausdrücklichen Wunsch
früherer Lehrgangsteil-
nehmer wurde Mathema-
tik hinzugekommen.

Berlin, den 2. 11. 61

An den
Herrn Landesschulrat
Berlin - Charlbg.
Messedamm

Die Eltern der Bertha-von-Suttner-Schule haben sich an uns als die Vorsitzenden des Elternausschusses gewandt, um Aufklärung über Gerüchte zu erhalten, die bezüglich der Ostklassen dieser Schule im Umlauf sind.

Der Sachverhalt ist folgender:

Nach den Herbstferien 1961 wurde an der Friedrich-Engels-Schule in Berlin-Reinickendorf eine Konferenz abgehalten, in der folgende Darstellung der angeblich für Ostern 1962 geplanten Neugliederung der Reinickendorfer OWZ gegeben wurde:

1. In Reinickendorf fehlt es Ostern 1962 an Schulräumen für die Grundschule. Es soll daher die Friedrich-Engels-Schule mit Grundschulklassen belegt werden, und die Klassen der Friedrich-Engels-Schule sollen in der Bertha-von-Suttner-Schule untergebracht werden.

2. Da in der Bertha-von-Suttner-Schule, die mit 12 Westklassen und 6 Ostklassen voll belegt ist, kein Raum zur Aufnahme der Klassen der Friedrich-Engels-Schule vorhanden ist, sollen die Ostklassen aus dem Verbands der Bertha-von-Suttner-Schule gelöst und an anderer Stelle untergebracht werden.

Wir müssen gegen diesen "Plan" - sollte er tatsächlich existieren - aus folgenden Gründen schärfstens Einspruch erheben:

1. Unsere Ostschüler gehören in unsere Schule und nirgendwo anders hin, weil sie in ihr in den vergangenen Jahren eine Heimat gefunden haben. Da viele Kinder ohne Eltern in West-Berlin leben, wäre es eine unzumutbare Härte, ihnen aus finanztechnischen Gründen oder gar personalpolitischen Ursachen diese Heimat zu nehmen.

2. Daß unsere Schule zu einer Lebensgemeinschaft "westlicher" und "östlicher" Schüler und Lehrer geworden ist, hat vor allem

die Zeit nach dem 13. August 1961 noch verstärkt gezeigt.

3. Die im Osten wohnenden Eltern, deren Kinder noch an unserer Schule verblieben sind, haben sie deshalb hier gelassen oder aber ihnen sogar nach dem 13. August die Erlaubnis zu einer abenteuerlichen Flucht gegeben, weil sie wußten, wem sie ihre Kinder anvertrauten, wohin sie sie gaben. Wir Eltern wissen, wie gerade der Einsatz der Schulgemeinde die Flucht in vielen Fällen erst ermöglicht hat.

4. Die Westeltern haben sich auf den Hilferuf der Lehrer hin vielfach der elternlosen Ostkinder angenommen. Wir haben eine Elternversammlung einberufen; und durch mannigfache Spenden, durch persönliche Betreuung, durch Aufnahme in unsere Familien, durch Patenschaften haben wir versucht, den Kindern, soweit es möglich ist, das Elternhaus zu ersetzen.

Wir glauben, daß auf diese Weise aus der besonderen Notlage des 13. August heraus zwischen West- und Osteltern und zwischen West- und Ostschülern eine Schulgemeinschaft entstanden ist, wie sie wohl kaum in Westberlin zu finden ist. Übrigens betreut die Bertha-von-Suttner-Schule die Ostklassen seit 1952, einer Zeit, in der sich wenige Schulen der Ostkinder annahmen.

5. Wenn die offizielle Betroffenheit über die Vorgänge des 13. August und das Verständnis für die besonders hart Geschädigten (nämlich unsere Ostkinder) nicht nur scheinheiliges Gerede ist, dann müßte man bei allen amtlicherseits angestellten Erwägungen das Wohlergehen und die sinnvolle Fürsorge für diese Kinder über alle scheinbaren Notwendigkeiten stellen. Man sollte doch endlich diese Kinder zur Ruhe kommen lassen und sie nicht, wie es in den letzten Jahren immer wieder geschehen ist, zum Objekt bürokratischer Planung machen. Sie sind - weiß Gott - genug hin- und hergestoßen worden!

6. Wenn man zugesteht, daß Ostschüler doch unter gar keinen Umständen schlechter behandelt werden dürfen als Westschüler, dann ist es nicht einzusehen, warum die Ostklassen der Bertha-von-Suttner-Schule "wandern" sollen und nicht die Klassen der Friedrich-Engels-Schule, zumal unsere Kinder sehr weite Anmarschwege haben.

7. Wir wollen keine "Zitterprämien", aber wir wollen in dieser Zeit eine Verwaltung, die im Fall eines Widerstreits zwischen

einerseits kalt-zweckmäßigen und andererseits vernünftig-
menschlichen Überlegungen das Wohl der uns in besonderer
Weise anvertrauten jungen Menschen in den Mittelpunkt ihrer
Maßnahmen stellt.

Zusammenfassend müssen wir feststellen: Es wäre ein Schaden
und zeugte von unbegreiflicher Verständnislosigkeit, wenn die
Ostkinder von unserer Bertha-von-Suttner-Schule getrennt wür-
den.

Wir bitten den Herrn Landesschulrat aus den angeführten
Gründen, einer etwa geplanten Loslösung unserer Ostklassen
aus dem Verbands der Bertha-von-Suttner-Schule seine Zustim-
mung zu versagen.

Es ist verständlich, daß die Elternschaft von uns baldige
Auskunft erwartet.

Wir bitten daher, diese Angelegenheit nicht hinhaltend zu
behandeln.

Otto S. [redacted]

(S [redacted])

1. Vorsitzender des Elternausschusses
der Bertha-von-Suttner-Schule

Berlin [redacted]
[redacted]

Tel. [redacted]

(H [redacted])

2. Vorsitzender des Elternausschusses
der Bertha-von-Suttner-Schule

II d
504

H. S. [redacted] (u. Rückkehr)

Ihr habe dem Elternausschuss mitgeteilt, daß
mir bereits davon bekannt ist, daß die 3. Z. an